



Bild: www.foto-journalisten.com

Empirische Studie
Vorgelegt von
Dr. Frank Überall, Köln
April 2010

„Ich bin die Strafe ...“

Rechtspopulismus
der „Pro-Bewegung“
am Beispiel ihres
Antragsverhaltens
im Kölner Stadtrat



Der Integrationsbeauftragte
der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



Inhalt

Impressum:

Herausgeber:

**Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen Migranten-
vertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)**

**Helmholtzstraße 28,
40215 Düsseldorf**

Telefon 0211/99 416-0

Fax 0211/99 41615

E-Mail: info@laga-nrw.de

**Internet: www.LAGA-NRW.de
und**

**Der Integrationsbeauftragte
der Landesregierung Nordrhein-
Westfalen, Dienstsitz:**

Horionplatz 1,

40213 Düsseldorf

Telefon 0211-86 18-33 36

Fax 0211-86 185-33 36

E-Mail: ib.info@mgffi.nrw.de

**Home: www.integrationsbeauf-
tragter.nrw.de**

April 2010, Auflage: 3000

Sämtliche Nachdrucke oder sonstige inhaltliche Wiedergaben der Studie – auch in Auszügen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verfassers.

Druck:

Druckhaus Süd, Köln

Vorwort	3
I. Einleitung:	
Warum diese Arbeit	5
II. Wer ist die Pro-Bewegung	8
III. Methodik dieser Arbeit	9
III.1 Moschee und Migranten	11
III.1.1 Protest gegen Moscheebauten	12
III.1.2 Kritik an „Multikultureller Gesellschaft	18
III.1.2a Thema Wohnheime	18
III.1.2b Thema Deutsche Sprache ..	19
III.1.2c Thema Migranten Lebenssituation	21
III.1.2d Thema Islamisierung	23
III.2 Sicherheit und Ordnung	25
III.2.1 Thema jugendliche Straftäter	26
III.3. Korruption und politisches Fehlverhalten	29
III.3.1 Thema Müllskandal	30
III.3.2 Thema Vorverurteilung	31
III.3.3 Thema Aufsichtsräte	32
III.3.4 Thema Allgemeine Politik(er)- Kritik	33
III.4 „Der kleine Bürger“ und soziale Fragen	34
III.5 Bedienung rechter Klientel- Themen	37
III.6 Der Umgang mit Pro Köln	38
IV. Fazit	43
Literaturverzeichnis	50
Der Autor	51

Vorwort

Mit der Broschüre „Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung“, erstellt von Alexander Häusler von der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf, hat die LAGA NRW Ende 2007 eine bundesweit beachtete Broschüre herausgegeben, die eine Hilfestellung für die konkrete Aufklärung über rechtspopulistische Kampagnen in den Kommunen darstellte.

In der Folge konnten landesweit zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt werden, bei denen diese Broschüre vorgestellt und über Gegenstrategien diskutiert wurde.

Deshalb war die LAGA NRW gerne bereit, die hier vorliegende Arbeit von Dr. Frank Überall zu veröffentlichen. Wir sind froh, auch den Integrationsbeauftragten der Landesregierung Thomas Kufen als Mitherausgeber gewonnen zu haben.

Am Beispiel der Stadt Köln wird deutlich, wie und mit welchen Themen sich „pro Köln“ und seine Ableger in der praktischen kommunalpolitischen Arbeit bewegen, wie die demokratischen Parteien darauf reagieren und es wird der Frage nachgegangen werden, ob die Arbeit der „Pro-Bewegung“ im einem strukturell rechtsradikalen oder sogar – extremistischen Weltbild folgt.

Es wird belegt, dass „pro Köln“ mit rechtspopulistischen Aussagen ausländischer



und islamfeindliche Feindseligkeit schürt, dies oft „geschickt“ verpackt.

Auch für die Integrationsräte vor Ort stellt sich inzwischen teilweise die Frage, wie Sie mit Mitgliedern umgehen sollen, die als Ratsmitglieder der „pro Bewegung“ Einzug in dieses Gremiums gehalten haben.

Tayfun Keltik
Vorsitzender der LAGA NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. Hier leben Menschen verschiedener Herkunft, Kultur und Religion friedlich miteinander. Es geht darum, diese Vielfalt zu leben und auch als Stärke wahrzunehmen. Nordrhein-Westfalen lässt sich durch die „Pro-Gruppierungen“ nicht provozieren, sondern bleibt offen, tolerant und tüchtig.

Diese Broschüre gibt einen Einblick in die Arbeitsweise von „Pro Köln“. Mit Vereinfachungen, Rechtspopulismus und Verunglimpfung von Muslimen sollen Ängste und Vorurteile geschürt werden.

In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers im Januar 2010 unmissverständlich deutlich gemacht: „Nordrhein-Westfalen muss ein Land sein, in dem jeder Respekt erwarten kann – egal wo er herkommt, welche Hautfarbe er hat oder woran er glaubt. Es muss ein Land sein, in dem jeder, wenn es nötig ist, gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit vorgeht. An dieser Gesellschaft müssen wir gemeinsam arbeiten“.

Denn keine Region hat mehr Erfahrung damit, Gegensätze zu überwinden und aus Fremden gleichberechtigte und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger werden zu lassen, wie Nordrhein-Westfalen.

Ich bin überzeugt davon, dass die ethnische, religiöse, sprachliche und kulturelle Vielfalt in unserem Land eine große Chance ist und eine wichtige Zukunftsressource darstellt. Der Integrationsprozess wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir ihn zusammen gestalten.



Die Botschaften der „Pro-Gruppierungen“ werden dann nicht auf fruchtbaren Boden fallen, wenn wir nicht übereinander, sondern miteinander sprechen. Eine Denkweise „wir“, die Deutschen, und auf der anderen Seite „die anderen“, die Zuwanderer, ist fehl am Platz. Es wird uns gelingen, das Zusammenleben in unserem Land mit guten Perspektiven zu gestalten.

*Thomas Kufen
Integrationsbeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen*

I. Einleitung: Warum diese Arbeit?

Die so genannte Bürgerbewegung „Pro Köln“ ist bundesweit bekannt geworden durch den von ihr organisierten Protest gegen den Bau einer ersten repräsentativen Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld. Die bis dahin eher bedeutungslose Organisation wurde vor allem durch die Berichterstattung bundesweiter Medien plötzlich ein wahr- und ernstzunehmender Faktor. Im Jahr 2004 konnte „Pro Köln“ auf Anhieb mit 4,7 Prozent der Stimmen in den örtlichen Stadtrat einziehen, bei der jüngsten Kommunalwahl im Jahr 2009 wurde mit knapp 5,4 Prozent abermals der Fraktionsstatus erlangt. Außerdem zog die neu gegründete Landesvereinigung „Pro NRW“ in verschiedene Stadt- und Gemeinderäte im bevölkerungsreichsten Bundesland ein. Inzwischen wurde nach dem Kölner Vorbild auch ein bundesweiter Verband „Pro Deutschland“ gegründet.

„Ach, das sind die Moschee-Gegner“, hört man oft bei Diskussionen über die so genannte „Pro-Bewegung“. In der Tat macht ihr Engagement gegen den Neubau islamischer Gotteshäuser die meisten Schlagzeilen. Die Themenfelder der Organisation sind aber breiter gestreut. Es geht nicht nur um konkrete Moschee-Bauprojekte, sondern um ein geschlossenes Politik- und Weltbild, das hinter diesem Engagement steht.

„Pro Köln“ wird vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz unter dem Verdacht des Rechtsextremismus beobachtet. Dagegen hat sich die Organisation mehrfach versucht, vor Gericht zu wehren – bisher aber stets erfolglos¹.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster stellte fest, dass von Pro-Funktionären „fortgesetzt mit pauschalisierenden, plakativen Äußerungen Ausländer sowie Zuwanderer wegen ihrer Abstammung und/oder Religionszugehörigkeit ausgrenzend als kriminell oder nicht integrierbar dargestellt“ würden². Eine Berufung gegen diesen Beschluss wurde nicht zugelassen. NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) bezeichnete die Pro-Bewegung als „trojanisches Pferd des Rechtsextremismus“³. Sie wolle die Gemeinde- und Kreisvertretungen als „Bühne für ihre antidemokratische und ausländerfeindliche Hetze nutzen“, heißt es in einer Pressemitteilung: „Pro NRW“ versucht sich in ein bürgerliches Gewand zu kleiden.“

Der Minister macht auch darauf aufmerksam, dass bewusst Untergliederungen in verschiedenen NRW-Städten gegründet wurden, um einen Einzug in den Düsseldorf-Landtag vorzubereiten.

Verbände gibt es nach Angaben der Internetseite von „Pro NRW“ von Anfang Februar 2010 bereits in folgenden Großstädten und Kreisen⁴: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Ennepe-Ruhr-Kreis, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Köln, Lippe, Mettmann, Minden-Lübbecke, Mönchengladbach, Münsterland, Rhein-Neuss-Kreis, Oberbergischer Kreis, Recklinghausen, Remscheid, Rhein-Erft-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Siegen-Wittgenstein, Solingen, Viersen, Wesel, Wuppertal.

Hatte das Ministerium im März 2009 noch 15 Untergliederungen gezählt, hat

sich die Zahl mit inzwischen 31 in kurzer Zeit nahezu verdoppelt. Für viele, die sich derzeit mit neuen Vertretern der „Pro-Bewegung“ in kommunalen Parlamenten konfrontiert sehen, ist das ein völlig ungewohntes politisches Feld. Auf der Ebene der Kommune werden die Stadt- und Gemeinderäte schließlich ausdrücklich nicht als Parlamente bezeichnet, sondern als Organe der Selbstverwaltung. Nach der NRW-Gemeindeordnung soll es darin um die gemeinsame Suche nach dem besten Weg gehen. Ein Gegeneinander von Regierung und Opposition ist im Idealfall nicht vorgesehen, auch wenn die Politiker in manchen Großstädten an Rhein und Ruhr das immer wieder verdrängen. Gemeinsam ist ihnen allen aber ein Mindestmaß an prinzipieller demokratischer Kooperation zum Wohle ihrer Gemeinde. Fundamentale Opposition, wie Rechtspopulisten oder -extremisten sie betreiben, ist für die Meisten eine neue Situation.

„Während die einen wohlwollend feststellen, dass die Parteien auch in den Kommunen berechtigt sind, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, sehen die anderen einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Parteienstaat und Selbstverwaltung. Die Gemeinde wird zur konflikt-, ideologie- und agitationsfreien Idylle erklärt.“⁵

In Nordrhein-Westfalen ergibt sich derzeit eine historisch besondere Situation: Die Gemeindeordnung wurde im Jahr 1999 geändert, so dass unter anderem der (Ober-) Bürgermeister direkt vom Volk gewählt wird und mehr Kompetenzen hat als früher. Außerdem ist die Fünf-Prozent-Klausel, die kleineren politischen Formationen den Einzug in die Räte erschwerte, aus rechtlichen Gründen weg gefallen.

Diese neue Gemengelage gibt es in anderen Bundesländern schon seit längerem. Mittelfristig ist davon auszugehen, dass sich die kommunalpolitische Landschaft an Rhein und Ruhr entsprechend angleichen wird. Dazu zählt auch, dass freie Wählergruppen, die von Parteien unabhängig agieren, eine zunehmende Bedeutung erlangen werden. „Eine große Rolle spielen die Freien Wähler traditionell in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein, wo sie landesweit in den Räten über 40 Prozent der Mandate innehaben“⁶, analysiert zum Beispiel der Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling. Die „Tarnung“ der Pro-Verbände als „Bürgerbewegung“ zielt offenbar auch darauf ab, von dieser Entwicklung profitieren zu wollen.

„Nach bisheriger Erfahrung haben die politisch Verantwortlichen meist ungenügende Kenntnisse über rechtspopulistische Strategien“⁷, schreiben die Experten Adelheid Schmitz und Alexander Häusler in einem wissenschaftlichen Buch über die Pro-Bewegung.

Das Werk, das in dieser Studie mehrfach zitiert werden wird, liefert eine kompakte wie umfassende Darstellung der Arbeit der „Pro-Bewegung“, ihres gesellschaftlichen Resonanzbodens und ihrer Wirkung.

Gleichwohl fehlt darin die empirisch vollständige Aufarbeitung des konkreten politischen Handelns im Kölner Stadtrat – was natürlich auch am frühen Erscheinungstermin des Buches liegt. Erst jetzt ist ein klar fassbarer Zeitraum von einer vollständigen Legislaturperiode zu Ende und damit auswertbar. Diese Lücke soll die vorliegende Studie schließen.

Nun könnte man auf die Idee kommen, die „Pro-Bewegung“ als lokales Phänomen abzutun, das wohl auch keine lange Lebensdauer haben wird. Dieser Ansicht kann man sein, es sprechen aber manche Indizien dagegen:

Mit dem schwedischen Millionär Patrick Brinkmann hat die „Pro-Bewegung“ einen neuen, finanzkräftigen Gönner. Er will die Organisation im Vorfeld der NRW-Landtagswahl im Mai 2010 unterstützen. Gar die Gründung eines „Hauses der Opfer des Islam“ ist im Gespräch. Nachdem „Pro Köln“ zuvor lautstark über finanzielle Schwierigkeiten gesprochen hatte, fühlt man sich jetzt im Aufwind.

Die „Republikaner“ spielen eine immer geringere Rolle, und NPD wie DVU fehlen potente Geldgeber wie Brinkmann. Auf der Rechtsaußen-Bühne der deutschen Politik könnte mittelfristig ein Platz frei werden, den die „Pro-Bewegung“ füllen will.

Die Kölner Kommunalpolitik hat gezeigt, dass der Umgang mit den diffizilen Argumentationssträngen dieser Organisation nicht einfach ist. Ein plattes rechtsextrems Weltbild wird von diesen Mandatsträgern nicht (offen) vertreten, ihre Statements erwecken stets den Anschein, im demokratischen Spektrum angesiedelt zu sein. Zeitweise setzen sich die Protagonisten sogar ganz offensiv mit dem gegen sie erhobenen Vorwurf des Rechtsextremismus auseinander, um ihn lächerlich zu machen.

Diese Strategie ist nicht überraschend, kommt sie doch auch bei offen rechtsextremen Organisationen wie der NPD vor: „Aber selbst für solche Parteien bzw. Verei-

nigungen, die von den Verfassungsschutzämtern als rechtsextremistisch bezeichnet werden, fällt es nicht leicht, diese Art von Gegnerschaft nachzuweisen, weil sich diese Gruppierungen normalerweise eines öffentlichen Verhaltens befleißigen, das sie nicht sofort in die Messe der staatlichen Autoritäten laufen lässt.“⁸

In dieser Studie soll deshalb gezielt der Frage nachgegangen werden, ob die Arbeit der „Pro-Bewegung“ im Kölner Stadtrat einem strukturell rechtsradikalen oder sogar – extremistischen Weltbild folgt.

Das ist umso bedeutender, weil viele neue Ebenen mit der Organisation „Pro Deutschland“ konfrontiert werden. Neben der Expansion in Nordrhein-Westfalen haben die Verantwortlichen bereits angekündigt, sich um einen Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 2011 bemühen zu wollen. Strategisch soll die regionale Politik in der Bundeshauptstadt dazu benutzt werden, um bundesweit bekannt zu werden.

Gerade die europäische Vernetzung mit rechtspopulistischen Kräften wie Vlaams Belang (Belgien) oder FPÖ (Österreich) könnte zu einer öffentlichen Aufwertung der Pro-Bewegung führen. Wie wichtig es für die ausländischen Rechtsaußen-Parteien ist, einen adäquaten Partner in Deutschland zu finden, zeigt die Tatsache, dass zumindest der erste so genannte „Anti-Islamisierungskongress“ von Pro Köln mit Hilfe einer „gemeinsamen Kampfkasse“ finanziert wurde, in die nach Angaben von Manfred Rouhs auch Vlaams Belang und FPÖ eingezahlt hatten⁹.

II. Wer ist die Pro-Bewegung?

Die Personen Manfred Rouhs und Markus Beisicht, die heute eine führende Rolle in der Pro-Bewegung spielen, haben schon mehrfach in verschiedenen Konstellationen versucht, ein Sammelbecken für Rechtsaußen-Politik zu generieren. So gehörte die von ihnen maßgeblich bestimmte Organisation „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ Anfang der 1990er Jahre eine Zeit lang dem Kölner Stadtrat an. Zeitweise engagierten sich beide auch bei den Republikanern. Meist aber zerfielen diese Strukturen im Laufe der Zeit durch innere Streitigkeiten.

Mit der Gründung von Pro Köln im Jahr 1996 verfolgten die beiden offenbar einen neuen Kurs. Es ging fortan nicht mehr darum, zum Teil rechtsradikale Positionen offen zu vertreten, sondern sich am Konzept der „Neuen Rechten“ zu orientieren. Diese grundsätzliche Denkrichtung wird vom Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen wie folgt beschrieben: „Die Neue Rechte ist eine intellektuelle Strömung innerhalb des Rechtsextremismus, die sich insbesondere auf antidemokratische Theoretiker der Weimarer Republik bezieht (Konservative Revolution). Sie möchte den Pluralismus einer ‚offenen Gesellschaft‘ zurückdrängen, Homogenitätsvorstellungen sowie ethnisch-nationale Konflikte ins Zentrum der Politik rücken und bemüht sich um Einfluss auf die öffentliche Meinung.“¹⁰

Es macht Sinn, die Arbeit von Pro Köln unter diesem Blickwinkel zu beobachten, denn der klare Nachweis extremistischer Bestrebungen fällt bei

solchen Gruppierungen naturgemäß schwer. Zudem ist es durchaus umstritten, was unter den Begriff des Extremismus fällt: „Diese innere Unbestimmtheit des Extremismusbegriffs, seine offene Struktur, erfordert es, ihn jeweils neu inhaltlich zu konkretisieren und erlaubt es, ihn veränderten gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnissen anzupassen.“¹¹

Gleichwohl drängt sich der Eindruck auf, dass sich Pro Köln der Themen des rechtsextremen Spektrums weiterhin bewusst bedient. So wird von einem Schreckgespenst der „schleichenden Islamisierung“¹² gesprochen, und mit aktuellen Aktionen reagierte die Bewegung NRW-weit auf die erfolgreiche Volksabstimmung zum Minarett-Verbot in der Schweiz: Mit nahezu gleichen Motiven wird jetzt an Rhein und Ruhr für die Pro-Bewegung geworben. Umso wichtiger ist es, sich mit dem gesamten inhaltlichen Argumentations- und Agitationsspektrum der Organisation zu beschäftigen.



Bild: www.foto-journalisten.com

III. Methodik dieser Arbeit

Es ist schon ein eigentümliches Gefühl, wenn man als Besucher zu den Sitzungen des Rates der Stadt Köln kommt: Die rechtsradikale „Bürgerbewegung Pro Köln“ scheint besonders aktiv zu sein. Woran liegt dieser Eindruck? Stellen wir uns mal eine Schulklasse vor, die für den Besuch der Ratssitzung eine Stunde Zeit mitbringt. Unter den strengen Augen des Lehrers nehmen die Schüler frühzeitig ihren Platz auf der Besuchertribüne ein. Als der Uhrzeiger auf 15.30 Uhr springt – die übliche Anfangszeit für die Ratssitzung, wie sie auf der Einladung ausgedruckt ist – passiert erst einmal gar nichts. Die meisten Ratsmitglieder sind noch gar nicht im Saal, der Oberbürgermeister unterhält sich noch mit Fachleuten, die Journalisten stöpseln noch ihre Laptops in die Steckdosen. In der Regel beginnen die Ratssitzungen erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung. Dann folgt die Abstimmung über die Tagesordnung; ein Vorgang, der wenig spannend ist, aber sein muss. Wenn das überstanden ist, kann es mit der politischen Arbeit richtig losgehen. Als erstes stehen auf der Tagesordnung die so genannten Anträge der Fraktionen. Die werden in der Reihenfolge behandelt, wie sie bei der Stadtverwaltung eingegangen sind. Eine Fraktion ist dabei offenbar besonders aufmerksam: Die Anträge von „Pro Köln“ werden oft zu Beginn der Ratssitzung behandelt, weil sie besonders früh gestellt werden.

Dadurch wird für die Besucher, die nicht lange bleiben, der Eindruck erweckt, dass „Pro Köln“ tatsächlich zumindest einen Teil der politischen Agenda mit bestimmen

würde. Jeder Antrag wird bei „Pro Köln“ durch eine Rede begründet – eine Gelegenheit, die viele Politiker anderer Parteien dazu nutzen, sich einen Kaffee zu holen oder auf die Toilette zu gehen. Den Reden der Rechtsradikalen mag niemand so recht zuhören, was auf unbedarfte Zuschauer befremdlich wirkt. Mit diesem Klischee spielen die „Pro Köln“-Politiker in ihren Reden auch bewusst. Außerdem „verstecken“ sie ihre wahren Absichten hinter Ausführungen, die rhetorisch oft gut vorbereitet und offenbar bewusst so allgemein formuliert sind, dass auch demokratische Kräfte sie in großen Teilen unterschreiben könnten. Erst wenn man sich näher mit den Anträgen und Reden beschäftigt, fällt einem das hinter dieser Strategie stehende Gedankengerüst auf.

Dazu will die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten. Systematisch sollen die Beiträge von „Pro Köln“ im Stadtrat untersucht werden. Der Zeitpunkt dafür ist günstig: Nachdem sich einige Funktionäre früher bei Organisationen wie den Republikanern oder der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ engagiert haben, liegt jetzt zum ersten Mal der empirisch fassbare Zeitraum einer Legislaturperiode vor. Im Laufe der fünf Jahre von 2004 bis 2009 arbeitete die Fraktion „Pro Köln“ und veränderte sich nicht wesentlich: Zwischenzeitlich kam nur der Ratsherr der „Republikaner“ durch Übertritt neu zu der Fraktion. Das heißt, es lässt sich ein durchgängiges Verhalten der rechtsradikalen Fraktion beobachten und analysieren, das symptomatisch für die Arbeit der so genannten Bürgerbewegung ist.

Ausgewertet werden die Antragstexte, die von „Pro Köln“ selbst vorgelegt und in den Stadtrat zur Beratung eingebracht wurden. Außerdem wurden alle Redebeiträge, die zu den entsprechenden Tagesordnungspunkten geleistet wurden, analysiert. Als Grundlage dazu dienten die offiziellen Protokolle des Rates der Stadt Köln. Diese haben eine besondere Aussage-Qualität, weil sie von offiziell bestellten Schriftführern erstellt werden und die Ratsmitglieder die Möglichkeit haben, die Protokolle vor der Veröffentlichung gegenzulesen und zu korrigieren. Insofern ist die Gefahr, dass Aussagen falsch wiedergegeben werden, äußerst gering¹³. Die Protokolle sind zum Teil bereits im Internet auf der Seite der Stadt Köln verfügbar. Einige ältere aus der Anfangszeit der Legislaturperiode wurden für diese Arbeit von Susanne van den Bergh im Historischen Archiv der Stadt Köln und in der Stadtbibliothek recherchiert.

Zur Identifizierung des Gedankenguts, auf dem die Arbeit von „Pro Köln“ fußt, sollen hier zunächst Kategorien gebildet werden. Karin Priester hat in dem erwähnten Buch über Rechtspopulismus folgende Themenschwerpunkte für einschlägige politische Gruppierungen genannt: „Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Überfremdungsangst, Angst vor Kriminalität, vor Drogen, Ausländern, kulturellen Veränderungen, Wertewandel“ sowie „Angst vor Statusverlust und sozialem Abstieg“¹⁴. Außerdem gebe es durchgängig „mangel-

de Differenzierungen zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer politischer Betätigung“¹⁵. Diese Schwerpunkte lassen sich in die unten stehenden Kategorien einteilen. Dazu wurde jeder einzelne Antrag inhaltlich ausgewertet, um ihn entsprechend zuordnen zu können. Insgesamt wurden von „Pro Köln“ in der untersuchten Legislaturperiode 139 Anträge gestellt¹⁶. Aus der Auswertung ergeben sich folgende Anteile:

Themengebiet	Zahl d. Anträge	Anteil an Pro-Köln-Anträgen
Korruption/polit. Fehlverhalten	38	27,3 Prozent
Moschee und Migranten	32	23,0 Prozent
„Kleine Bürger“/soziale Fragen	31	22,3 Prozent
Sicherheit und Ordnung	20	14,4 Prozent
Sonstiges	18	12,9 Prozent

Die Themensetzung von Pro Köln liegt also genau auf der Linie, wie sie zum Beispiel auch im Hinblick auf die Arbeit der NPD beschrieben wird: „Die Partei sucht sich Themen, für die sie in der Bevölkerung Interesse vermutet, und macht sie sich als Fragen zu eigen.“¹⁷ Toralf Staud stellt zur Zahl der Anfragen der NPD im Sächsischen Landtag beispielsweise fest, dass diese „nach dem ersten halben Jahr im Landtag nicht weit hinter der CDU-Fraktion (liegt), obwohl diese fast fünfmal so groß ist.“¹⁸ Eine ähnlich aktionistische Aktivität ist auch bei Pro Köln zu verzeichnen. Anträge werden bewusst so früh nach einer Ratssitzung gestellt, dass sie bei der nächsten Sitzung direkt am Anfang behandelt werden müssen.

Das Gedanken- und Argumentationsgerüst, das in den verschiedenen Anträgen

und Reden zum Ausdruck kommt, lässt sich dabei in das Konzept politischer Prozesstheorien einordnen. „Den Hintergrund für die Entstehung sozialer Bewegungen bilden demnach breitere sozio-ökonomische Prozesse (darunter auch die Möglichkeit struktureller Spannungen), die für bestimmte Gruppen Belastungen und Unzufriedenheit schaffen“, schreibt dazu Dieter Rucht: „Das Vorhandensein oder Entstehen organisatorischer Strukturen einerseits, begünstigende Gelegenheitsstrukturen andererseits, führen zu einer für die Beteiligten neuen kognitiven Situationsdeutung (cognitive liberation).“¹⁹ Die von Pro Köln in der jüngsten Legislaturperiode 2004-2009 im Stadtrat gesetzten Deutungsschwerpunkte der genannten Themenfelder soll im Folgenden analytisch dargestellt werden.

III.1 Moschee und Migranten

Obwohl, wie gezeigt, der größte Teil der von „Pro Köln“ im Stadtrat gestellten Anträge gar nicht das Themenfeld Moschee und Migranten umfasst, spielt es natürlich eine wichtige Rolle in der politischen Arbeit der Organisation. Bekannt werden konnte die Pro-Bewegung nur über ihren breit angelegten Protest gegen Moscheen. Viele Bürger, denen der genaue Hintergrund der „Bürgerbewegung“ nicht klar war, unterstützen zum Beispiel Unterschriftensammlungen gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld. Dass sich „Pro Köln“ auch intensiv mit typischen Themen des „rechten Randes“ wie „Überfremdung“ und „Islamisierung“ beschäftigt, ist vielen nicht klar. „Pro Köln“-Ratsmitglied Manfred Rouhs stellt jedoch selbst gerne fest, dass das nur ein

Bereich von vielen ist: „Eben hieß es noch, wir würden nur böse, ausländerfeindliche Hetze verbreiten. Das stimmt gar nicht. Schauen Sie sich doch einmal unsere Anträge an. Sie erfassen das ganze Spektrum und haben mehrheitlich mit dem Thema Multikulturalismus gar nichts zu tun.“²⁰

Auffällig ist, dass die Begriffe Islam und Islamismus oft parallel verwendet werden und es tatsächlich keine oder zumindest selten eine Differenzierung zwischen religiösen und radikalen Ausprägungen dieser Religion gibt. In der Definition des Islamismus als politisch-extremistischer Strömung liefert das nordrhein-westfälische Innenministerium folgende Definition: „Dabei wird eine einseitige und meist rückwärtsgewandte Auslegung der islamischen Quellen vertreten“, schreibt der Innenminister: „Lediglich ein sehr kleiner Teil von weniger als 1 % wird von den Verfassungsschutzbehörden dem islamistischen Spektrum zugeordnet.“²¹ Eine durchgängige Verbindung zwischen dem Islam und dem Islamismus implizit zu unterstellen, wie es Pro Köln macht, ist also durch Fakten nicht gedeckt. Nicht umsonst spricht der Politikwissenschaftler Otto Kalscheuer von einer „verwirrenden Bedeutungsvielfalt“²² des Islam.

Warum aber versucht die Pro-Bewegung, mit dem Themenfeld Moscheebau, Islam und Migranten Stimmung zu machen? „Die älteren, immer noch mobilisierbaren Feindbilder des ‚jüdischen‘, ‚freimaurerischen Finanzkapitals‘ können durch neuere wie den Islam ersetzt werden“, beschreibt Karin Priester die wohl dahinter stehende Denkrichtung: „Entscheidend für das populistische Bündnis ist der Aufbau einer Bedrohungskulisse, die von außen wirkt

und eine bestimmte Vorstellung von Homogenität in Frage stellt.“²³ Immer wieder betonen die Verantwortlichen von Pro Köln, dass sie nicht ausländerfeindlich seien. Sie scheinen vielmehr das Konzept des Ethnopluralismus zu verfolgen. Der geht „grundsätzlich nicht von der Vorstellung aus, dass ethnische Gruppen höher oder minderwertig wären, vielmehr geht es in erster Linie darum, ethnische Gruppen zu trennen: zumindest kulturell, möglichst räumlich.“²⁴ Vor dem Hintergrund dieser politischen Linie lässt sich die vehemente Agitation gegen die „Islamisierung“ verstehen, die vor allem auch im Protest gegen den Bau repräsentativer Moscheen zum Ausdruck kommt.

III.1.1 Protest gegen Moscheebauten

Wie ausgeführt, hat das Engagement gegen den Bau einer ersten wirklich auffälligen Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld der Pro-Bewegung bisher die größten Schlagzeilen eingebracht. Im Kölner Stadtrat haben sie immer wieder Anträge dazu eingebracht, die ihre kritische Haltung unterstreichen sollten. Mit dem zweiten Antrag in der beobachteten Legislaturperiode löste Pro Köln im Stadtrat eine kontroverse Diskussion über das Thema aus. In dem Antrag, der der Beratung zugrunde lag, wurde der Beschluss, der den Bau der Moschee erlaubt, als „nicht umsetzbar“ bezeichnet: „Aber er provozierte bei den Spitzen verschiedener islamischer Vereinigungen in Köln eine unrealistische Erwartungshaltung, die seine förmliche Aufhebung gebietet.“²⁵ In seiner Rede zum The-

ma betonte Manfred Rouhs: „Nachdem Sie sich gegenüber den Menschen moslemischer Religionszugehörigkeit in Köln zunächst in der Richtung geäußert haben, dass sie eine repräsentative, große Moschee bekommen, hätten wir jetzt gerne klargestellt, dass das offensichtlich doch nicht der Fall ist und auch in Zukunft nicht geschehen wird.“²⁶

In Köln gibt es seit Jahren so genannte „Hinterhof-Moscheen“, die oft in ehemaligen Gewerbehallen entstanden sind. Seit den 1970er Jahren gründeten die damaligen Gastarbeiter diese provisorischen Gebetsräume, die selbst den Anwohnern kaum auffielen. In der Diskussion um eine mögliche Radikalisierung von Muslimen nach den Anschlägen auf das World Trade Center in den USA wird in der Kölner Stadtpolitik offensiv die Ansicht vertreten, dass die Errichtung repräsentativer Moscheen nicht nur ein Gebot der Religionsfreiheit sei, sondern auch mit einer wünschenswerten gesellschaftlichen Öffnung der islamischen Gemeinden einher gehen werde. Dieses Konzept griff Rouhs in seinem Redebeitrag vor dem Stadtrat massiv an. „Ins Leere geht nach meiner Überzeugung auch das von Ihnen immer wieder vorgebrachte Argument, dass eine zentrale Moschee doch besser zu überwachen sei als eine große Zahl von kleinen, dezentralen Hinterhofmoscheen. Stellen Sie sich vor, wie Sie argumentieren müssten, wenn Sie diesen Gedankengang auf die so genannte Bekämpfung des Rechtsextremismus umsetzen würden.“ Es sei nur eine „Klientelpolitik“, „den Moslems, die in Köln leben und die ein solches Bauwerk haben wollen, ein Zückerchen hinzuschmeißen.“ Dagegen wolle man als Pro Köln weiterhin vorgehen: „Die-



Bild: www.foto-journalisten.com

ser Widerstand wird sich in Zukunft – gerade auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass pro Köln aus der letzten Kommunalwahl mit einer ganz anderen Infrastruktur hervorgegangen ist, noch verschärfen.“²⁷

Bei den etablierten Parteien löste der erste umfassende Wortbeitrag von Pro Köln im Stadtrat zum Teil verärgerte Reaktionen aus. Man habe in der CDU-Fraktion „mehr darüber diskutiert, ob wir zu diesem Antrag überhaupt Stellung nehmen sollten, als über dessen Inhalt“, erklärte Karl-Jürgen Klipper. Beim Protest gegen den Moscheebau spielte die Organisation „mit der Angst vor Fremden und Unbekannten und nicht mit Argumenten“.²⁸ Der SPD-Politiker Johannes Waschek verurteilte die aus seiner Sicht fremdenfeindliche Argumentation von Pro Köln: „Ich bin sicher, dass die Bürger mitbekommen, wie Sie sich hier im Rat aufführen, und dass nach der nächsten Wahl dieses Gespenst verfolgt sein wird.“²⁹ Ossi Helling (Grüne) betonte im

Plenum seine Zustimmung zum Bau des islamischen Gotteshauses: „In Köln fehlt neben Dom und Synagoge noch die große Moschee. Diese Moschee muss einen demokratisch orientierten Träger haben, selbstverständlich. Sie muss für alle offen sein. Wir sind aber auf dem Weg dorthin.“ Pro Köln dagegen „peitscht ein Programm der Intoleranz durch, in dem mit höhnischem Grinsen den Muslimen in Köln der Nichtbau einer Moschee als Entgegenkommen verkauft wird“, führte Helling aus: „Erteilen wir dieser geistig verarmten Provinz eine eindeutige Absage!“³⁰

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Kölner Stadtrat, Ralph Sterck, weigerte sich in seinem Beitrag erstmals, Pro Köln beim Namen zu nennen. Stattdessen führte er das Kürzel „pK“ ein und rief dazu auf, „ein kraftvolles Zeichen aller Demokraten im Rat für den Bau einer Moschee in Köln zu setzen, indem wir den Antrag von pK mit breiter Mehrheit ablehnen.“³¹

Gleichzeitig machte Sterck darauf aufmerksam, dass es mittelfristig nicht bei der einen neuen Moschee in Ehrenfeld bleiben müsse. Insbesondere sei eine früher verfolgte Konzept einer einzigen zentralen Moschee für alle Muslime in Köln nicht weiter zu verfolgen: „Von christlichen Kirchen verlangen wir ja auch nicht, dass sich Katholiken und Protestanten auf ein Gotteshaus einigen.“ Die Verzögerungen, die im Genehmigungsverfahren für den Bebauungsplan auf Seiten der Stadtverwaltung entstanden waren, kritisierte Sterck als kontraproduktiv: „Der Kämmerer trägt persönlich eine Mitschuld daran, dass wir auch drei Jahre nach dem Beschluss noch keine Moschee in Köln haben und dass sich eine Gruppe wie pro Köln im Wahlkampf mit dieser Frage, gewissermaßen als Rattenfänger, profilieren konnte und überhaupt die Chance bestand, dass pro Köln in dieser Frage so stark geworden ist.“³²

„Solch ein Antrag zum Thema des Moscheebaus in Köln kann in dieser Situation nur darauf abzielen, die Vorurteile zu verstärken und Hass und Angstzustände bei den Menschen zu erzeugen. Dies ist schlicht und einfach zu verurteilen“, erläuterte Özlem Demirel (Linke) ihren Standpunkt: „Der Antrag und die schlichte Existenz von pro Köln tragen dazu bei, Vorurteile zu schüren und die Menschen nach ihrer Herkunft und Religion zu spalten.“ Pro Köln sei letztlich ein „Zusammenschluss von rassistisch geprägten Funktionären“³³. Angeheizt wurde die Diskussion schließlich von Hans Martin Breninek, der seinerzeit noch für die Republikaner im Kölner Stadtrat saß und erst im Laufe der Legislaturperiode in die Fraktion von Pro Köln wechseln sollte: „Fahren Sie doch einmal Straßen-

bahn oder gehen Sie auf die Straße: Et sin immer mih schwatzhörich Köpp zu sinn. Davor hat die Bevölkerung Angst.“ Er habe „viele Gemeinsamkeiten“ mit Pro Köln, teile aber nicht alle Ansichten. Pauschalisierend sagte Breninek in der Debatte über Ausländer: „Es ist kein Platz, wir haben keine Arbeit.“³⁴ – eine Argumentationslinie, die in abgestufter Form später auch Pro Köln beschäftigen sollte. Deren Vertreterin Regina Wilden machte in ihrem Redebeitrag bereits die Marschrichtung klar, um die es fortan bei der Diskussion über den Moscheebau und die multikulturelle Gesellschaft in Köln gehen sollte: „Die Zeit der Sozialromantiker (ist) immer noch nicht vorbei.“³⁵

Zum zweiten Mal brachte Pro Köln den Moscheebau in Ehrenfeld Ende 2005 in den Kölner Stadtrat ein. Diesmal war die Wahl über die Errichtung islamischer Gotteshäuser grundsätzlicher und drastischer: „Letztere sind nämlich Symbole der erfolgreichen islamischen Mission.“ In ganz Deutschland würden sich „im Umfeld solcher islamische Zentren die verhängnisvollen Parallelgesellschaften“ verfestigen.³⁶ Ratsfrau Regina Wilden beschwor in ihrer Rede zum Antrag ebenfalls ein Gegeneinander von Einheimischen und Zugewanderten und griff die Politiker der etablierten Parteien im Stadtrat an: „Meine Damen und Herren, Sie dienen nicht mehr dem Mehrheitswillen der einheimischen Bevölkerung – das wissen Sie auch –, sondern Sie fördern in der Weise eine Minderheit, dass sie früher oder später zur Mehrheitsgesellschaft wird. Das ist kein Angstschüren oder Ähnliches, sondern eine allgemeine Erfahrung. Das geschieht, wenn der Islam mit anderen Kulturen zusammenprallt. Das ist

in vielen Regionen der Welt festzustellen. Überwiegend handelt es sich dabei um Krisenregionen, wie Nigeria, Indonesien und Sudan. Das ist alles weit weg von uns, aber es kommt näher.“³⁷

Diese von Pro Köln hergestellte Verbindung des Islam mit Krisenregionen in der Welt war dazu geeignet, bewusst Ängste auch in Köln zu schüren. Entsprechend entwickelte sich eine kontroverse Debatte, in der Redner verschiedener Fraktionen ihren Unmut über die Wortwahl der rechtsradikalen Organisation formulierten. So erhob CDU-Fraktionsvorsitzender Winrich Granitzka den Vorwurf, die Vertreter von Pro Köln nutzten „wie häufig dumpfe Ängste, vor allem die Fremdenangst, schüren mit subtilen Verdrehungen, zum Beispiel der Verknüpfung der islamischen Religion mit politischen Ansprüchen und einer vermuteten Dominanz des Islam, Vorurteile in der Bevölkerung insbesondere dort, wo die Moscheen entstehen sollen.“³⁸

SPD-Ratsherr Walter Kluth wies den „Generalverdacht“, dem „unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“ durch die Argumentation von Pro Köln ausgesetzt würden, „aufs Schärfste zurück“: „Wie in fast allen Anträgen der Fraktion pro Köln wird auch bei diesem Thema wieder nach gleichem ausländerfeindlichem Muster verfahren.“ Es sei „Ekel erregend, Ihre Pamphlete lesen und sich Ihre Reden anhören zu müssen.“³⁹ Jörg Detjen (Linke) warf Pro Köln vor, Hass in der Bevölkerung zu schüren: „Herr Rouhs, das ist offener Rassismus, den wir in diesem Rat der Stadt Köln offensiv bekämpfen werden – heute und für alle Zeiten.“⁴⁰ Arif Ünal (Grüne) wies in der Debatte darauf hin, dass die Muslime mit bis zu 110.000 Bürgern in

Köln die drittgrößte Religionsgemeinschaft bilden. Gleichzeitig betonte er, dass es im Islam kein einheitliches Religionsverständnis gebe: „Deshalb ist es völlig unsinnig und schädlich, alle islamischen Organisationen gleichzusetzen und die Unterschiede zu ignorieren.“⁴¹

Manfred Rouhs wehrte sich rhetorisch gegen den Vorwurf, man schere alle Angehörigen einer religiösen Ausrichtung über einen Kamm. „Wo die bösen Rechten holzschnittartig daherkommen und Ihren Klischees entsprechen, tun Sie sich natürlich leichter, als Sie es sich hier im Falle der Bürgerbewegung pro Köln tun“, erläuterte er seine Strategie. Für die Vorurteile gegenüber seiner Organisation sei auch die Überwachung durch die Geheimdienste mit verantwortlich: „Das ist das Ergebnis einer Haltung, bei der die alten politischen Kräfte schlichtweg eine radikale Machtabsicherung gegen Konkurrenten betreiben und letzten Endes die parlamentarische Demokratie infrage stellen.“⁴²

Es sollte eine Zeit lang dauern, bis Pro Köln das Thema Ehrenfelder Moscheebau erneut in die Debatten des Stadtrates einbrachte. Zwischenzeitlich hatte die Organisation mit Demonstrationen, Internet-Veröffentlichungen, einer Unterschriftensammlung und Flugblättern gegen das Projekt mobil gemacht. Vielen, die sich daran beteiligten, war der politische Hintergrund der Vereinigung nicht bewusst. Immer mehr wurden sich die Politiker der etablierten Parteien aber darüber klar, dass sie eine umfassende Diskussion über den geplanten Neubau bisher vermieden hatten. Um den Protest erneut im Stadtrat zu formulieren, legte Pro Köln schließlich einen Offenen Brief gegen den Bau vor – und provozierte

mit der Aufforderung, man solle diesen Vorstoß als Selbstverwaltungsorgan offiziell unterstützen. „Dieser offene Brief wurde zusammen mit Originalauszügen aus besagter Ratsdebatte zum Thema Moscheebau in Ehrenfeld verteilt“, schrieb Manfred Rouhs in seiner Antragsbegründung.⁴³ Vor dem versammelten Plenum überreichte er den Brief und die entsprechende Liste der bei Bürgern gesammelten Unterschriften an die Stadtverwaltung.⁴⁴

Nachdem eine Bürgeranhörung zu der für den Neubau der Moschee notwendigen Änderung des Bebauungsplanes in Ehrenfeld stattgefunden hatte, forderte Pro Köln Mitte 2007, diese Veranstaltung nachträglich für ungültig zu erklären und zu wiederholen. Mitglieder von Pro Köln waren bei dem Termin vom Versammlungsleiter des Saals verwiesen worden, weil sie den Ablauf gestört hatten. Wieder bediente sich die Organisation des Modells, dass sie eine angebliche Mehrheit der Bevölkerung gegen die Obrigkeit vertrete. „Bürgeranhörungen sind nicht dafür vorgesehen, eine politische Kampfveranstaltung der Obrigkeit gegen die eigene Bevölkerung zu sein. Die Veranstaltung am 4. Juni war aber eine Kampfveranstaltung der politischen Klasse in Köln gegen die Ehrenfelder Bevölkerung und nichts anderes“, sagte Manfred Rouhs in seiner Rede: „Welcher Standpunkt erwünscht und welcher unerwünscht war, war schon vor Eröffnung der Veranstaltung völlig klar.“⁴⁵ Dass es den Pro-Funktionären womöglich aber gar nicht um die tatsächliche vorbehaltlose Einbindung der Bürger gehe, stellte Jörg Detjen (Linke) fest, indem er darauf hinwies, dass im Mai 2000 der Vertreter von Pro Köln in der Bezirksvertretung Ehrenfeld als einziger gegen die

Bürgerbeteiligung gestimmt habe.⁴⁶ Die Dimensionen des geplanten Projekts beschrieb Rouhs bewusst mit drastischen Worten – es sei ein „Jahrhundertbauwerk – so kann man es durchaus bezeichnen; denn wenn es fertig gestellt wird, symbolisiert es für Köln eine Zeitenwende.“⁴⁷

Neben dem öffentlichkeitswirksamen Protest gegen die Ehrenfelder Moschee versuchte Pro Köln, das Thema auch auf andere Stadtteile zu übertragen. Flankiert wurde dieses Vorgehen durch Veröffentlichungen im Internet und ein Logo, das unter anderem bei Demonstrationen gezeigt und als Aufkleber publiziert wurde: Ein Verbotsschild mit einer durchgestrichenen Moschee. Prinzipiell wurde der Eindruck erweckt, hinter Bauvorhaben für islamische Gotteshäuser stünden häufig radikale islamische Gruppierungen. Zweimal brachte Pro Köln diese Ansicht mit Hilfe von Anträgen in den Stadtrat ein:

In der 27. Sitzung wurde beantragt, die Stadtverwaltung zu verpflichten, „über Bauvorhaben islamischer Trägerorganisationen rechtzeitig Informationen über den religiösen und politischen Hintergrund“ zu liefern. Zur Begründung sagte Judith Wolter, die „voranschreitende Islamisierung Deutschlands“ sei „die größte Gefahr für die innere Sicherheit unseres Landes.“⁴⁸ Als Provokation für die etablierten Parteien zog Wolter in ihrer Rede eine problematische Parallele: „Stellen Sie sich doch einmal vor, meine Damen und Herren, vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten würden in Köln den Bau eines großen Schulungszentrums ankündigen.“ Wolter rief die Politiker dazu auf, „doch nur einen Bruchteil Ihrer Energie, die Sie für den Kampf gegen Rechts einsetzen, für den

Kampf gegen Überfremdung und Islamisierung“ aufzuwenden. Das Hauptproblem an Moscheen sei, dass gewaltfreie Muslime und gewaltbereite Islamisten diesen zentralen Ort miteinander teilen: „Die Moschee ist das einigende Band für alle Muslime und repräsentiert nach außen Macht, Stärke und Selbstbewusstsein des Islam. Das gilt insbesondere für die Gebetshäuser in den nichtmuslimischen Ländern, weshalb für deren Bau viel Mühe und Unterstützung aus den muslimischen Staaten aufgewandt werden.“⁴⁹

In der 45. Sitzung griff Pro Köln das Thema erneut auf, diesmal aber mit anderem Vorzeichen: Nachdem es im Stadtbezirk Mülheim eine interne politische Auseinandersetzung in der Bezirksvertretung über den Hintergrund eines konkreten islamischen Trägervereins gegeben hatte, hatte die dortige CDU-Fraktion beantragt, dass es Informationen über mögliche Bauherren bei Moscheen für Politiker frühzeitig geben müsse. Auf dieses CDU-Papier bezog sich nun der neuerliche Antrag von Pro Köln im Stadtrat. „Die voranschreitende Islamisierung Deutschland ist eine große Gefahr“, ordnete Judith Wolter wiederum ihren Vorstoß vor dem Stadtrat ein: „Zum einen unterwandern radikale Islamisten, die oft überaus gewaltbereit sind, unsere Städte; zum anderen bilden sich muslimische Parallelgesellschaften. Jeder vernünftige Normalbürger sieht diese Fehlentwicklungen. Nur die etablierte Politik verschließt die Augen und stellt sich dumm.“ Und wieder forderte sie fast wortgleich die etablierten Parteien auf „doch nur einen Bruchteil Ihrer Energie, die Sie für den Kampf gegen Rechts einsetzen, für den Kampf gegen Überfremdung und Islamisierung“ einzusetzen.⁵⁰

Im Stadtteil Zollstock versuchten die Pro-Mitglieder politisches Kapital daraus zu schlagen, dass einer der Kofferbomben-Attentäter womöglich in der dortigen Moschee radikalisiert wurde. Flugs wurde mit Hilfe eines Antrags gefordert, die Trägervereinigung müsse man „verbieten und auflösen“: „Alles andere wäre ein falsches Signal an die Adresse der Islamisten, das als Schwäche interpretiert werden würde.“⁵¹ Auch an dieser Stelle sieht man den konstruierten Widerspruch zwischen einem vermeintlich übermächtigen, radikalisierten Flügel des Islam und der vorgeblich schutzlosen einheimischen Bevölkerung – ein rechtsradikales Argumentationsmodell, das sich durch viele Beiträge von Pro Köln im Stadtrat zieht.

Manfred Rouhs warnte in seiner Rede zur Zollstocker Moschee erneut vor „Interpretationsformen des Islam (...), die potenziell tödliche Konsequenzen für Menschen in Mitteleuropa haben“. Gleichzeitig griff er wieder zu dem rhetorischen Kunstgriff, Islamisten und Rechtsextremisten auf eine Stufe zu stellen, um Widerspruch bei den zuhörenden Politikern hervor zu rufen: „Stellen Sie sich einmal vor, eine solche Einrichtung würde im Kontext mit extremistischen politischen Aktivitäten deutscher Staatsbürger bestehen. Stellen Sie sich vor, die Einrichtung wäre ein rechtsextremes Schulungszentrum und irgendein Schüler dieser rechtsextremen Einrichtung hätte versucht, eine Bombe zur Zündung zu bringen.“ Eilig betonte Rouhs danach „... natürlich brauchen wir keine Schulungszentren, in denen rechts- oder linksextremistische Bombenbauer herangezüchtet werden“. Sein Redebeitrag habe dazu gedient, dass die Ablehnung dieser Moschee „mit einer xenopho-

ben Grundhaltung überhaupt nichts zu tun“ habe.⁵²

Der Trend weg von der „Hinterhof-Moschee“ hin zum repräsentativen Gotteshaus wird mit zunehmender Verwurzelung und Integration der Muslime (nicht nur) in Köln zunehmen. Das weitere Verhalten von Pro Köln im Stadtrat zeigt, dass es offenbar zum Plan dieser Organisation gehört, solche Entwicklungen stets anzuprangern und Widerspruch der Bevölkerung aufzugreifen und zu schüren. Im Zusammenhang mit einem Neubaufvorhaben im Stadtteil Porz drückten die Pro-Vertreter ihren Protest aus, „... weil es einen erheblichen Unterschied gibt zwischen unauffälligen islamischen Gebetshäusern (...) und repräsentativen Moscheebauten. Letzte nämlich sind Symbole der erfolgreichen Mission.“ In dem Antrag an den Stadtrat hieß es weiter: „Wer von den deutschen Politikern heute also noch von Integration redet, dem kann nur völlige Unwissenheit oder beinahe kriminelle Ignoranz attestiert werden.“ Es würden „islamistische Strukturen aufgebaut und mancherorts neue Rekruten für den weltweiten ‚heiligen Krieg‘ angeworben.“ Der Neubau der „osmanischen Moschee“ in Porz sei „erst der Auftakt zur weiteren Islamisierung Kölns“.⁵³ Über den Antrag wurde im Plenum nicht – wie zuvor bei der Ehrenfelder Moschee – diskutiert, der Tagesordnungspunkt wurde mit einem kurzen Statement der Stadtverwaltung abgehandelt.

Zuletzt beschäftigte der ebenfalls geplante Bau einer kleineren Moschee im Stadtteil Chorweiler auf Betreiben der Pro-Bewegung den Kölner Stadtrat. Judith Wolter erklärte dazu, es entstehe erneut ein „türkisch-islamisches Ghetto, welches die

Parallelgesellschaft verfestigt.“ Auch in diesem Fall war der Tagesordnungspunkt schnell erledigt. Stadtentwicklungs-Dezernent Bernd Streitberger (CDU) wies knapp darauf hin, dass es einen Bauantrag gebe, der ordnungsgemäß als Geschäft der laufenden Verwaltung bearbeitet werde⁵⁴.

III.1.2 Kritik an „Multikultureller Gesellschaft“

Am Anfang dieser Arbeit wurde gezeigt, dass Themen wie Überfremdung typisch für den Rechtspopulismus sind. Der Verdacht des Extremismus kommt hinzu, wenn man das erwähnte Urteil des OLG zur Beobachtung von Pro Köln durch den Verfassungsschutz zugrunde legt. In dem Urteil wird gerade die pauschalisierende und plakative Ausgrenzung Zugewanderter als Indiz genannt. In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich diese thematische Tendenz auch in den Rats-Anträgen von Pro Köln widerspiegelt.

III.1.2a Thema Wohnheime

Das Thema Flüchtlinge brachte Pro Köln in der beobachteten Legislaturperiode mehrfach auf die Tagesordnung. Dreimal beschäftigte sich die Organisation explizit mit Übergangswohnheimen, in denen Asylsuchende von den Behörden untergebracht werden. Dabei ist festzustellen, dass stets ein Gegensatz zwischen Einheimischen und „Fremden“ thematisiert wurde. So forderte Pro Köln die Schließung eines Übergangswohnheims im Stadtteil Merkenich, weil dort „Pöbeleien, Diebstähle, Wohnungs-

einbrüche und sogar gewaltsame Übergriffe an der Tagesordnung“ seien.⁵⁵ Die Fraktionsvorsitzende Judith Wolter legte in ihrer Rede Wert darauf, dass die „zutreffende Lagebeschreibung nicht von pro Köln (stammt), sondern vom Bürgerverein Merkenich sowie der CDU und der SPD in Merkenich“.⁵⁶ Auch „Ausländer“ würden zu den Bürgern von Merkenich gehören, führte Wolter weiter aus, und die würden unter den Zuständen „genauso leiden wie die Deutschen: „Wenn Sie diese Bürger mit ihren Problemen alleine lassen, sind Sie die wahren Ausländerfeinde.“⁵⁷ Die städtische Sozialdezernentin erklärte abschließend: „Es handelt sich um eine kleine Gruppe von auffällig gewordenen Kindern.“⁵⁸ Wolter jedoch behauptete, statistisch gesehen seien über 97 Prozent der Asylanträge „ohnehin unbegründet: „Würden diese 97 Prozent konsequent abgeschoben, dann wäre das Heim in Merkenich überhaupt nicht nötig.“⁵⁹ Diese Darstellung wiederum zeigt, dass es die Verantwortlichen von Pro Köln mit der Wahrheit nicht immer so genau zu nehmen scheinen. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete unter Berufung auf die EU-Statistikbehörde Eurostat, dass im Jahr 2009 insgesamt 33,8 Prozent der Asylbewerber zumindest einen Aufenthaltstitel erhielten⁶⁰. Auch auf die Zahl der offiziell im Asylverfahren anerkannten Antragsteller kann sich die Angabe von 97 Prozent nicht beziehen.⁶¹

In einem weiteren Antrag beschäftigte sich Pro Köln mit einem Übergangswohnheim im Kölner Stadtteil Poll. Man müsse die dortigen Flüchtlinge umgehend abschieben, hieß es im Antrag, schließlich herrsche im ehemaligen Jugoslawien „schon lange kein Krieg mehr“⁶². Manfred

Rouhs ging in seiner mündlichen Begründung des Antrages noch weiter, indem er im Zusammenhang mit Flüchtlingen beim Krieg auf dem Balkan erklärte: „Die Bundesrepublik Deutschland hat seinerzeit mit am lautesten ‚hier‘ gerufen.“⁶³ Die „Belegschaft“ des Wohnheims habe in der Zwischenzeit einige Male rotiert. Sie hat sich – was zumindest die Meldungen der Nachbarn indizieren – nicht besser eingelebt als die erste Generation der Flüchtlinge. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein.“⁶⁴

III.1.2b Thema Deutsche Sprache

Die angeblich mangelnde Integration von Migranten versucht Pro Köln durchgängig zu illustrieren. Ein Mittel dazu sind Anträge, die die zum Teil problematische Kenntnis der deutschen Sprache verallgemeinern. Implizit wird stets unterstellt, dass bei dieser Personengruppe keine oder kaum Bereitschaft besteht, diese Sprache zu erlernen. So forderte Pro Köln einen „lückenlosen Nachweis der erforderlichen Sprachkenntnisse bleibewilliger Ausländer“⁶⁵. Aber beim Eintreten für die deutsche Sprache geht es nicht nur um Asylbewerber, sondern auch um bereits lange in Deutschland lebende Menschen. Ein Thema ist dabei die Forderung nach einer „Deutschpflicht an Schulen“: „Dies nutzt den Bildungs- und Berufschancen dieser Kinder mehr als falsch verstandene Toleranz und Beliebigkeit.“⁶⁶ Ausdrücklich berief sich Ratsherr Manfred Rouhs auf frühere Äußerungen des FDP-Fraktionschefs Ralph Sterck: „Ich freue mich, dass ich Herrn Stercks Äußerungen

zitiert werden kann, sodass ich mich bei meiner Antragsbegründung nicht wieder dem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit aussetzen muss. Es ist nämlich Bestandteil der Pseudologik, die in Bezug auf den Verfassungsschutz gilt, dass, wenn ein Vertreter einer etablierten Partei etwas sagt, es ein konstruktiver Beitrag im demokratischen Wettbewerb ist, der in einer offenen Gesellschaft zulässig ist und zur Debatte gehört. Wenn ein Vertreter von pro Köln dasselbe sagt, ist es hingegen Ausdruck von finsternem Rassismus und Menschenverachtung und eine Angelegenheit die nur Unholde der übelsten Sorte von sich geben können. Meine Damen und Herren, das ist eine Doppelzüngigkeit, die ich hier noch einmal ausdrücklich geißeln will.“⁶⁷ Marco Mendorf (FDP) wehrte sich gegen den Bezug auf seinen Parteikollegen Sterck: „Einige wenige in diesem Rat wollen die Probleme jedoch nicht lösen, sie wollen von den Problemen leben. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied. Wir können nicht brauchen, dass die Probleme in der Form popularisiert werden, dass man sich vor die Schulen oder auf die Straße stellt und eine Kampagne mit dem Titel ‚Deutsch ist geil!‘ macht.“⁶⁸

Neben den Schulen griff Pro Köln in dieser Legislaturperiode auch die Verwendung der deutschen Sprache in Kindergärten auf. Vor allem Kinder mit türkischem Migrationshintergrund würden nicht deutsch sprechen, was in Ländern wie Neuseeland oder Australien undenkbar sei: „Wer als Zuwanderer dort keine ausreichenden Sprachkenntnisse erwirbt, wird nach Hause geschickt. Und zwar nicht im Rahmen einer brachialen, menschenverachtenden ‚Ausländer-Raus-Politik‘, sondern nach einem

geordneten, rechtsstaatlichen Verfahren.“⁶⁹ Pro Köln Ratsmitglied Bernd Schöppe provozierte dazu mit der Aussage: „Wenn Sie also gegen Integration sind, habe ich vollstes Verständnis dafür, wenn Sie gegen unseren Antrag stimmen.“⁷⁰ An einem Begriff arbeitete er sich wiederholt polemisch ab: „Wie heißt das noch so schön? Migrationshintergrund“ und: „wie war noch einmal das schöne Wort? Migrationshintergrund“.⁷¹

Auch in Richtung Verwaltung versuchte Pro Köln zweimal, die Rolle der deutschen Sprache für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Wieder einmal bezogen sie sich damit auf eine Quelle, die ursprünglich von einer anderen Partei geprägt wurde. Mit Bezug auf einen Antrag der Grünen im hessischen Landtag forderte Pro Köln Rat und Verwaltung auf, die „deutsche Sprache in Rede- und Schriftform in vorbildlicher Weise anzuwenden und deren Wortschatz auszuschöpfen, statt die Sprache mit vermeintlich modernen Anglizismen zu überfrachten.“⁷² Was sich auf den ersten Blick als durchaus demokratisch fundierte Äußerung anhörte, wurde durch Ratsfrau Judith Wolter wieder relativiert, indem sie von einer drohenden „sprachlichen Ghettoisierung“ sprach.⁷³

Darüber hinaus stellte Pro Köln die Forderung auf, der Stadtrat solle die Bundesregierung zu einer Ergänzung des Grundgesetzes auffordern. Dort sei einzufügen – so griff die Organisation eine bundesweite Debatte auf – dass die Sprache in der Bundesrepublik Deutsch sei. „Wir müssen einem schleichenden Bedeutungsverlust der deutschen Sprache entgegenwirken“, hieß es im entsprechenden Antrag an den Kölner Rat: „Bürger unseres Landes mit Zu-



Bild: www.foto-journalisten.com

wanderungshintergrund können eine solche Verfassungsergänzung als Ansporn begreifen, die deutsche Sprache als Schlüssel für eine erfolgreiche Integration zu verstehen.“ Es gehe um „Kultur und Werte des Volkes“, und eine entsprechende Passage zur deutschen Sprache im Grundgesetz wäre „ein nachhaltiges Mittel gegen deren Zerfall und zugleich ein wichtiges Signal an alle, die aus anderen Ländern dieser Welt nach Deutschland kommen“. ⁷⁴ Auch hier wies Manfred Rouhs darauf hin, dass seine Aussagen auf einem Beschluss eines CDU-Bundesparteitages beruhten. Gleichwohl fügte er in seiner Rede vor dem Rat in gewohnt polemischer Weise hinzu, dass bei den Kölner Verkehrs-Betrieben das Schwarzfahren in verschiedenen Sprachen verboten werde: „Mit Hinweistafeln in einer Sprache, die sie nach außen hin gelegentlich als Fremdsprache sprechen, werden Sie diese Menschen nicht wirklich erreichen. Deshalb müssen Sie solche mehrspra-

chigen Hinweistafeln anbringen. Wie lange wird es wohl dauern, bis auch das Ortschild von Köln-Vingst mehrsprachig wird?“⁷⁵ An anderer Stelle hieß es: „In Köln haben sich an Sprachgrenzen orientierte Ghettos gebildet.“⁷⁶

III.1.2c Thema Migranten-Lebenssituationen

Wie bei den vorgenannten Themen versucht Pro Köln auch, die Lebenssituation von Migranten überdurchschnittlich häufig in herab setzender Weise darzustellen. Es fällt auf, dass sich besonders viele Anträge damit beschäftigen, einen Spalt zwischen Migranten und „Normalbürgern“ zu beschreiben. Gefordert wurde zum Beispiel ein „ausführlicher Bericht über die Lebenssituation muslimischer Mädchen und Frauen in Köln“⁷⁷ Judith Wolter meinte mit Bezug auf Phänomene wie Zwangsehen oder

Ehrenmorde: „Tausende Musliminnen leben in Deutschland unter dem Joch einer Männerherrschaft.“⁷⁸ Einen Generalverdacht formulierte Pro Köln auch, als eine Resolution gegen ein „Bettelverbot“ für Kinder in den Rat eingebracht wurde. Regina Wilden meinte, es handle sich hier „meist (um) Mütter aus der Volksgruppe der Roma und Sinti, die Kinder zur Ertragssteigerung beim Betteln einsetzen“⁷⁹. An anderer Stelle hieß es zu rumänischen Flüchtlingen in diskriminierender Weise: „Angehörige einer ‚mobilen ethnischen Minderheit‘ handelt, die vom Volksmund bekanntlich als Zigeuner bezeichnet werden“⁸⁰.

Die Wortwahl war ebenso auffällig bei der zunächst wertfreien Forderung nach einer Fachtagung zur Schulverweigerung. In der Antragsbegründung wurde angeregt: „Hierbei ist sowohl auf geschlechtsspezifische als auch auf migrationspezifische Probleme einzugehen.“⁸¹ Manfred Rouhs wurde noch deutlicher, indem er im Zusammenhang mit Migranten von „Kontingenten“ sprach: „Gerade in den Großstädten gibt es darunter erhebliche Kontingente, die ihren Kindern das, was man in Mitteleuropa typischerweise als Erziehung ansieht, nicht angedeihen lassen, sondern nur darauf achten, dass die Jungs etwas hermachen und dass die Töchter der Familie keine Schande bereiten. Ihnen ist es relativ egal, ob diese Söhne und Töchter zur Schulen gehen oder ob sie das nicht tun.“⁸²

Selbst ein Plan der Stadtverwaltung, Integration gerade auch durch den Bau von Fußball-Spielplätzen in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil zu fördern, stieß bei Pro Köln auf Ablehnung. In einem Antrag

wurde gefordert, „den ethnischen bzw. Zuwanderungs-Hintergrund der Bevölkerung im Standortbereich nicht zu berücksichtigen“ – bei den Plänen der Stadtverwaltung handle es sich um eine „beabsichtigte Privilegierung von Menschen mit Zuwanderungs-Hintergrund“⁸³. In seiner Rede setzte Rouhs diese Provozierung gezielt fort. „Fußball ist offenbar aus Sicht der Verwaltung eine Sportart für sozial randständige Menschen mit Migrationshintergrund.“ Fußball sei ein „typischer Inländersport“⁸⁴. Rouhs sprach auch von „Ausländerghettos“ und einer „signifikanten Anballung von Menschen mit Zuwanderungshintergrund“.⁸⁵

Die Rede verfehlte ihre Wirkung nicht. Claus Ludwig (Linke) wehrte sich gegen den diskriminierenden Duktus der Ausführungen: „Das ist der ganze Existenzzweck Ihrer sogenannten Bürgerbewegung und aller Faschisten und Rechten, nämlich zwischen verschiedenen Nationen zu spalten. Mal rufen Sie getarnt und mal ganz offen zu Spaltung und Hass auf.“⁸⁶ Regina Wilden bezeichnete Ludwig daraufhin als „Hassprediger“, was ihr wiederum einen Ordnungsruf von Oberbürgermeister Schramma einbrachte⁸⁷.

In zwei Anträgen beschäftigte sich Pro Köln mit Veranstaltungen, die von der kurdischen Arbeiterpartei PKK organisiert werden sein sollten. Dass diese überhaupt stattfinden durften, kritisierte Manfred Rouhs scharf: „Das hohe Maß an Narrenfreiheit, das die Kurdische Arbeiterpartei PKK in Köln genießt, ist bemerkenswert.“⁸⁸ Weiterhin wurde ein entsprechendes Treffen als „Versammlung der Terroristenfreunde“ bezeichnet: „Köln kann es sich als

weltoffene und tolerante Stadt nicht leisten, mit der Unterstützung von Terroristen in Verbindung gebracht zu werden.“⁸⁹

Nachdem der Antrag von der großen Mehrheit des Stadtrates abgelehnt wurde, zeigte Regina Wilden gezielte Empörung: „Schande! Schande über dieses Haus, diesen Antrag abzulehnen!“ Oberbürgermeister Fritz Schramma wies die Ratsfrau danach laut Protokoll zurecht: „Liebe Frau Wilden, ich würde Sie bitten, sich mit Ihren Äußerungen über dieses gesamte Haus etwas zurückzuhalten.“⁹⁰

Politische Anstrengungen, Menschen mit Migrationshintergrund in einer Stadt, in der die Gruppe mehr als zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht, auch häufiger im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, thematisierte Pro Köln ebenfalls negativ. „Die geringe Quote von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst spiegelt deren Bildungssituation wieder“, heißt es in einem Antrag an den Rat: „Sie widerlegt eine multi-kulturelle Utopie, die annimmt, Menschen, die von Hause aus verschiedene Sprachen sprechen und unterschiedlichen Kulturkreisen angehören, hätten trotzdem innerhalb eines bestehenden, gewachsenen Schul- und Ausbildungssystems dieselben Chancen.“⁹¹ Judith Wolter betonte in ihrer Rede dazu erneut, die „multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert. Das sollten auch Sie sich endlich eingestehen.“ Eine Migrantenquote für den öffentlichen Dienst sei sogar eine „rassistische Diskriminierung: Dagegen treten Sie doch immer vehement ein.“⁹² Zum Eklat kam es schließlich, als Pro Köln erneut die Einstellungen im öffentlichen Dienst thematisierte. Regina Wilden begann ihre Rede in gespielter brüchigem Deutsch: „Zu-

erst ich sage guten Abend. Und wissen Sie, ich komme nicht aus Köln. Große Saal hier. Viele Leute. Mikrofon.“⁹³ Unter dem Protest vieler Ratsmitglieder setzte sie fort: „Nicht sagen zu Migranten: gehen nach Hause. Ist unfreundlich. Ist rassistisch. Ist fremdenfeindlich. (Beifall bei Pro Köln) Ich gut arbeiten.“ Und: „Deutsche Frau ärgert. Nicht Arbeit bekommt. Nicht gut, wenn deutsche Frau ärgert. Ich nicht dafür kann, wenn deutsche Frau keine Arbeit. Aber ist gut für mich. Ich finde Arbeit, weil gute Menschen hier im Saal. Gute Menschen. Danke. Danke. Danke.“ Sie wies zwar darauf hin, dass sie ihren Beitrag als Satire gemeint hatte, Oberbürgermeister Schramma reagierte trotzdem sichtbar verärgert: „Ich schalte gleich das Mikrofon aus.“⁹⁴

Letztlich wandte sich Pro Köln auch gegen ein Ansinnen des Integrationsrats, für dieses gewählte Gremium eine Geschäftsstelle einzurichten. Bernd Schöppe sprach vom Integrationsrat als dem „wahrlich überflüssigsten städtischen Gremium“ – dort gebe es „hauptamtliche Ausländerlobbyisten“, es handle sich tatsächlich um einen „Desintegrationsrat“: „Die bestehende finanzielle Förderung ist schon ein Ärgernis, wegen des linken Zeitgeists aber anscheinend unvermeidlich.“⁹⁵

III.1.2d Thema Islamisierung

Der Begriff einer angeblichen „Islamisierung“ Kölns wurde von der Pro-Bewegung nachhaltig in den Stadtrat eingebracht. Verbunden damit war in der beobachteten Legislaturperiode eine Stimmungsmache gegen Anhänger der islamischen Religion. Stets wurde der Eindruck erweckt, für die

Gesellschaft entstünden dramatische Probleme dadurch, dass sich immer mehr Einwohner zum Islam bekennen. Es gehört zur ständigen Argumentation, Migranten auf diese Weise zu stigmatisieren. Die Grenzen zwischen dem Islam als friedlicher Religion und dem Islamismus als extremistische Ausprägung verschwimmen dabei häufig. Mit zwei „Anti-Islamisierungskongressen“ hat Pro Köln versucht, zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu bekommen.

Im Selbstverwaltungsorgan, als das der Stadtrat in NRW konzipiert ist, nutzte Pro Köln die öffentliche politische Bühne, um beispielsweise von der Verwaltung einen „Situationsbericht zur Islamisierung“ einzufordern. Einmal jährlich solle dem Antrag zufolge informiert werden über den „Stand der Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft“, als Themenbereiche wurden dazu klar benannt: „Praktizierung der Scharia, Gewaltpotenzial und Terrorgefahr, Lebensweise und Bildung einer Parallelgesellschaft, Hassprediger, religiöse Erziehung, Haltung zum Extremismus, Zwangsehe, Ehrenmord, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Demokratieverständnis, Toleranz“⁹⁶. Im weiteren Antragstext wird die pauschalisierende Ablehnung des Islam weiter ausgeführt: „Angesichts der Islamisierung unserer Heimatstadt Köln und einer real existierenden Terrorgefahr können wir uns falsch verstandene Toleranz gegenüber Islamisten nicht mehr leisten“ – „Wer dieses Thema im Namen ‚politischer Korrektheit‘ tabuisiert, versündigt sich an unserem Gemeinwesen.“⁹⁷ Der Antrag löste im Rat keine Debatte aus.

Anders war das bei dem Ansinnen, Köln solle einem „Städtebündnis gegen Islami-

sierung“ beitreten. Den entsprechenden Antrag nutzte Pro Köln vor allem dazu, seine Zusammenarbeit mit anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa zu illustrieren. Dem Text zufolge sollen Sprecher des Bündnisses neben Markus Beisicht aus Köln auch HC Strache von der FPÖ in Österreich und Filip de Winter von Vlaams Belang (Belgien) sein. Großspurig wurde angekündigt, das Land Wien und die Stadt Antwerpen planten analoge Beschlüsse, denn sie alle seien durch „zu lasche Zuwanderungspolitik unterschiedlicher Behörden in ihrer eigenen Bevölkerung mit erheblichen islamischen Minderheiten konfrontiert“⁹⁸. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Städte gegen Islamisierung“ stellt fest, dass der Islam viel mehr als eine Religion auch eine Gesellschaftsordnung vertritt, die auf der Scharia und der Umma gegründet ist und deshalb nicht zu vereinen ist mit dem Ganzen der Werte und Normen, das unter europäischen Gesellschaften eigen sind.“⁹⁹

Vor dem Stadtrat führte Judith Wolter aus, es gehe um ein Ansinnen „europäischer Patrioten“¹⁰⁰. Die weiteren Ausführungen der Politikerin lesen sich eher als Angst-Szenario denn als aufrichtige Auseinandersetzung mit Fragen gesellschaftlicher Relevanz: „Moscheen, wie auch die geplante orientalische Mega-Moschee in Ehrenfeld, wirken als Katalysatoren für die Islamisierung der Stadtviertel, weil sie innerhalb der muslimischen Gemeinschaft als zentrale Autorität die strikte Befolgung des Islams einfordern und demzufolge sämtliche Integrationsbemühungen konterkarieren.“¹⁰¹ Kritiker gegenüber diesem Gedankengang bezeichnete Wolter als „Tugendwächter der Political Correctness“.¹⁰²



Bild: www.foto-journalisten.com

Die Kölner Sozialdezernentin machte als Reaktion auf diese Ausführung darauf aufmerksam, dass „Absichtserklärungen eines Beitritts weiterer Städte oder Gebietskörperschaften“ zu dem angeblichen Städtebündnis „nach Kenntnis der Verwaltung“ nicht vorlagen. Im Übrigen stellte sie nüchtern fest, „dass der Antrag nicht im Einklang mit den Bemühungen der Verwaltung steht, den interreligiösen Dialog und das friedliche Zusammenleben auf kommunaler Ebene zu fördern.“¹⁰³ Susana Dos Santos Hermann (SPD) sprach vor dem Plenum davon, dass mit diesem Antrag von Pro Köln Grenzen überschritten worden seien: „Dieser Antrag ist aus meiner Sicht und der Sicht der SPD-Fraktion auch Ausdruck einer antidemokratischen, offen ausländerfeindlichen und sogar rassistischen Grundhaltung.“¹⁰⁴ Ossi Helling (Grüne) hob in seiner Rede ebenfalls auf den Sprach- und Argumentationsstil der Rechtsradikalen ab: „Es prasseln Wörter wie ‚sich zur Wehr setzen‘, ‚sich wehren‘, ‚sich zu widerstellen‘. Gemeinsam mit anderen Or-

ganisationen will man den Kampf aufnehmen und sich kämpfend aufeinander abstimmen.“¹⁰⁵ Selbst Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) übte überraschend offen Kritik: „Ihnen geht es aber nicht um Kommunalpolitik“ – „sondern um das Organisieren von Hetzkampagnen und Hetzveranstaltungen“¹⁰⁶.

Einen Besuch des türkischen Regierungschefs Tayyip Erdogan in Köln versuchte Pro Köln ebenfalls populistisch auszunutzen. In einer Resolution, die in den Rat eingebracht wurde, hieß es, die Forderung Erdogans „nach einer Einführung türkischer Schulen und Universitäten in Deutschland“ müsse zurück gewiesen werden: „Groß-Moscheen mit einem türkischsprachigen Imam, der in der Türkei ausgebildet wurde, schaden den Integrationsbemühungen ebenso wie Schulen und Universitäten mit türkischsprachigen Lehrern und Professoren, die vom türkischen Staat bezahlt werden und bei ihm ihre Loyalitäten haben.“¹⁰⁷ Judith Wolter unterstrich in ihrer Rede erneut diese spaltende Tendenz: „Es

wurde klar, dass eine türkisch-islamische Parallelgesellschaft bei uns durch die türkische Regierung unterstützt wird.“ Die „politische Klasse von CDU bis Linkspartei müsse „endlich erkennen, dass das von Ihnen seit Jahrzehnten propagierte Gesellschaftsmodell einer multikulturellen Gesellschaft gescheitert ist. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die Parallelität unterschiedlicher Kulturen die Grundeigenschaft einer multikulturellen Gesellschaft ist. Sie stehen vor einem Scherbenhaufen Ihrer Politik.“ Dann zog Wolter einen provozierenden Vergleich: „Beim Stammestreffen der Aborigines vor 200 Jahren muss es ähnlich zugegangen sein: viel Palaver, wenig Widerstand. Umso tränenreicher jetzt die Entschuldigung des australischen Regierungschefs Kevin Rudd, die stolze Kultur der Ureinwohner habe durch die Zuwanderer und deren Rücksichtslosigkeit schweren Schaden genommen.“¹⁰⁸

III.2 Sicherheit und Ordnung

Wie oben ausgeführt, konzentriert sich die Pro-Bewegung nicht alleine auf das Themenfeld Moschee und Migranten, wenngleich ihnen dieses die meiste öffentliche Aufmerksamkeit bringt. Ein weiterer großer Bereich der politischen Arbeit ist der Bereich Sicherheit und Ordnung. Zu punkten versucht Pro Köln zum Beispiel mit einem verbreiteten Ärgernis in Köln – der Unsauberkeit und Unordnung in der Stadt. So wurde ein stärkerer Kampf gegen Graffiti genauso gefordert wie ein Programm für sauberere U-Bahnaufzüge oder die Schließung eines Drogenkonsumraums. In der Hauptsache werden auf diesem Themenfeld aber eben-

falls Angstszenerien geprägt oder aufgegriffen und populistisch eingeordnet. Auf diesem Politikfeld tritt ebenfalls die Strategie offen zutage, ein „Wir-Gefühl“ gegen Außenstehende zu erzeugen – was sich im Zusammenhang mit Kriminalität, Gewalt und abweichendem Verhalten besonders einfach machen lässt.

Mit dem zentralen Antrag zu diesem Thema versuchte Pro Köln, internationale Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit dem in Köln stattfindenden Weltjugendtag auszunutzen. – Dafür wurde eigens eine Sondersitzung des Stadtrates einberufen, die Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) als „überflüssig“¹⁰⁹ bezeichnete. In Bezug auf „islamistische Einrichtungen“ wurde darin eine Angst vor einer Terrorgefahr geschürt und eine „bedrohliche Lage“ heraufbeschworen¹¹⁰. Josef Müller (CDU) beantragte deshalb den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt, um die Sitzung abzukürzen, da die Ratsmitglieder offenkundig die Unterstellungen von Pro Köln nicht weiter diskutieren wollten. „Wie in Großbritannien könnte sich auch in Deutschland infolge der islamistischen Masseneinwanderung und der multikulturellen Gleichgültigkeit islamistisch-fundamentalistische Gruppen ausweisen“, erklärte Judith Wolter dazu:¹¹¹ „Gerade in Köln gibt es eine große moslemische Gemeinschaft mit teils undurchsichtigen islamistischen Strukturen.“

III.2.1 Thema jugendliche Straftäter

Ein besonders häufig genutztes Thema in der Doktrin von Pro Köln ist die Ausein-

andersetzung mit einem düsteren Bild krimineller und gewaltbereiter Jugend- beziehungsweise Migranten-Gruppen. „Angsträume“¹¹² existierten in Köln, heißt es in einem Antrag zur Videoüberwachung von angeblichen Kriminalitäts-Brennpunkten. Manfred Rouhs führte weiter aus, es gebe Klaukids, „die von ihren Eltern systematisch zum Stehlen losgeschickt werden“¹¹³. In einem weiteren Antrag wurde verlangt, Hinweisschilder auf Videoüberwachung im öffentlichen Raum anzubringen. Ratsherr Bernd Schöppe griff das Desinteresse der Politiker im Rat süffisant in seiner Rede auf: „Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr verehrtes Publikum auf der Tribüne! Sicher wissen Sie schon, was Sie jetzt zu erwarten haben: natürlich das Gleiche, was Sie immer zu erwarten haben, solange Sie sich nicht mit unseren Anträgen befassen, nur weil sie von uns sind. Ich trage Ihnen also, auf dass der Letzte hier auch mitbekommt, was wir beantragen – auch die Zuhörer auf der Tribüne, denen die Anträge ja oft nicht vorliegen –, wieder einmal unseren Antragstext vor.“¹¹⁴ Die bloße Verlesung von Antragstexten wiederum ist im Kölner Stadtrat unüblich, deshalb stellte dieses wiederholte Vorgehen eine bewusste und offene Provokation dar.

Immer wieder zieht Pro Köln auch objektive Quellen heran, um sie im eigenen Sinne zu interpretieren. Bei der Forderung nach einer Sicherheitskonferenz für Köln hieß es in einem Antrag mit Bezug auf eine Aufzählung verschiedener Deliktsbereiche in der Kriminalitätsstatistik des Bundeskriminalamtes (BKA): „In vielen der oben genannten Problembereiche werden überdurchschnittlich viele Ausländer als Täter ermittelt, weshalb auch die Ausländerkrimi-

nalität in Köln ohne ‚politisch korrekte‘ Scheuklappen diskutiert werden muss.“¹¹⁵ Ratsmitglied Judith Wolter führte mündlich weiter aus: „Themen wie die Klaukids-Problematik sowie die Jugend- und Ausländerkriminalität müssten auf den Prüfstand.“¹¹⁶ Betroffen seien vor allem „Kinder und Jugendliche aus einigen Kölner Roma- und Sintifamilien“¹¹⁷.

An anderer Stelle beantragte Pro Köln, „jugendliche ausländische Gewalt- und Wiederholungstäter unverzüglich ab(zu) schieben“: „Überall in Köln gibt es multikulturelle Jugendgangs.“ Oft genug seien unter diesen Gewalt- und Wiederholungstätern („Intensivtäter“) ausländische Jugendliche: „Diese missbrauchen durch ihr Verhalten permanent ihr Gastrecht in Deutschland.“¹¹⁸ In der Ratsrede betonte Judith Wolter, es gebe eine „Nachlässigkeit der Justiz, die sich offensichtlich zu sehr an den diesbezüglichen linksradikalen Parolen der etablierten Politik orientiert.“¹¹⁹ Die Politiker des Stadtrates forderte sie auf, „... die politisch korrekten Scheuklappen ablegen. Denn das Problem mit brutalen Jugendlichen ist vor allem auch ein Problem mit ausländischen Jugendbanden.“ Und weiter: „Das Problem der Jugendbanden ist somit nicht nur ein soziales, sondern auch ein ethnisches. Vor allem Jugendliche aus muslimisch geprägten Ländern befinden sich oft unter den Tätern, während die Opfer häufig Deutsche sind“ – das wiederum bezeichnete sie provokativ als „Deutschenhass“¹²⁰.

Um das Thema zu besetzen, bringt Pro Köln ständig neue Variationen ein. Nach dem Vorbild der Stadt Düsseldorf wurden beispielsweise Aufenthaltsverbote von bis zu drei Monaten „insbesondere für die Mitglieder ausländischer Banden“ angeregt¹²¹

– dabei ist der Rat für solche Fragen gar nicht zuständig, sondern allenfalls die Polizei. Ferner wurde eine „Aktion gegen Gewalt- und Drogenkriminalität“ verlangt: „Zielgruppe sollen insbesondere junge Männer mit Zuwanderungshintergrund in den bildungsfernen Schichten sein.“¹²² Bei Gewalt- und Drogendelikten gebe es „einen bestimmten Personenkreis, der signifikant häufig unter den Tatverdächtigen auftaucht“, führte Manfred Rouhs aus: „Drei Merkmale tauchen hier also überproportional häufig auf: männlich, jung und Zuwanderungshintergrund. Meine Damen und Herren, darauf muss die Politik etwas machen; und zwar ohne dass derjenige, der das einfordert, sich irgendwelchen Verdächtigungen aussetzt, sei es aus den Reihen der Feministen, sei es aus den Reihen der Jugendverbände oder sei es aus den Reihen der breiten politischen Lobby, die das Zuwanderungsprinzip in diesem Land hat.“¹²³

Zum Konzept von Pro Köln gehört es auch, überregionale Berichterstattung zu Übergriffen aufzugreifen, um Angstszenerien zu entwerfen. So wurde in einem Antrag ein Angriff an einer S-Bahnhaltestelle in München genannt, bei dem ein „Türke“ und ein „Grieche“ einen Mann zusammengeschlagen und als „deutsches Schwein“ beschimpft hätten: „Die Frage ist, wie könnten die Normalbürger, Deutsche sowohl wie andere Europäer und gesetzestreue Fremde, vor der steigenden Jugendgewalt der Migranten geschützt werden?“¹²⁴ Die Forderung nach einem Sicherheitskonzept für die Kölner Verkehrsbetriebe unterstrich Judith Wolter in ihrer Rede zum Antrag: „Statt der multikulturellen Idylle haben Sie alle zusammen uns eine

multikulturelle Gesellschaft auferlegt, in München genauso wie in Köln.“. Es gelte, „nochmals zu konstatieren, dass sich aus der anhaltenden Massenzuwanderung und der gescheiterten Integration erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit in Köln ergeben. Bei den kriminellen Jugendgangs, die ganze Stadtteile terrorisieren und das Fahren in Bussen und Bahnen der KVB für manchen gesetzestreuen Bürger zum Albtraum werden lassen, handelt es sich eben nicht um ein soziales Problem, sondern auch um ein ethnisches. Die multikulturelle Gesellschaft ist in vielen Bereichen gescheitert.“ – die Folge sei „rassistisch-kriminelle Deutschenfeindlichkeit“¹²⁵. Bewusst wurde hier offenbar mit dem Begriff des Rassismus erneut provozierend umgegangen.

Düstere Szenarien zeichnete Pro Köln auch, was die rechtsrheinischen Stadtteile Kölns angeht. „Ganze Straßenzüge im Rechtsrheinischen sind längst, wie es heute Neudeutsch heißt, No-go-Areas für Frauen und alle Menschen jenseits der 60 geworden, und das nicht nur bei Dunkelheit“, behauptete Judith Wolter: „Auch wenn es Ihnen nicht gefällt: Jung, männlich, brutal und im Regelfall nichtdeutscher Herkunft – so werden üblicherweise Intensivstraftäter beschrieben, die insbesondere in den rechtsrheinischen Stadtteilen ihr Unwesen treiben.“¹²⁶ Claus Ludwig (Linke) hielt dem entgegen, es gehe in der Diskussion nur um „einzelne, schlimme Vorfälle“, aus denen Pro Köln „ein Horrorszenario (entwickle), das mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat“: „Sie wollen einfach die Verbindung zwischen Gewalt und Migrantenbevölkerung herstellen.“¹²⁷ Manfred Rouhs griff diesen Einwand erneut populistisch-provokativ auf: „Das, meine Damen und Herren,

unterscheidet uns als Bürgerbewegung von Ihnen. Wir greifen diese Probleme auf. Wir machen daraus Politik.“¹²⁸

Wenn es um Menschen osteuropäischer Herkunft geht, argumentiert Pro Köln auch oft mit harschen Worten. Bei einem Antrag zur Bekämpfung „rumänischer und bulgarischer Diebesbanden“¹²⁹ richtete Judith Wolter zugespitzte Worte an die Ratsmitglieder: „Gesellschaftliche Probleme müssen ohne Tabus gelöst werden, auch wenn dies die Tugendwächter der Political Correctness erschreckt bzw. in Aufruhr versetzt.“¹³⁰ Es wurde also der Eindruck erweckt, es gebe Denkverbote politischer Art, und der Umfang der Straftaten sei besonders problematisch. Wolter bezeichnete die „früheren Klau-Kids-Banden“ nun in erneut diskriminierender Art: „korrekt: Angehörige mobiler ethnischer Minderheiten mit einem etwas anderen Eigentumsverständnis“. Köln brauche keine „falsche Toleranz, kein multikulturelles Verständnis und keine rechtsfreien Räume, sondern stattdessen eine massive Polizeipräsenz, damit durch größtmöglichen Verfolgungsdruck der Kampf gegen osteuropäische Diebesbanden gewonnen werden kann.“¹³¹

Nach einer Auseinandersetzung bei einem regionalen Fußballspiel bediente Pro Köln Ressentiments. „Der Rat erklärt sich solidarisch mit Schiedsrichtern, die bei Fußballspielen in unserer Region ein Opfer von Gewalttaten geworden sind“, hieß es zunächst neutral im entsprechenden Antrag. Dann aber wurde weiter beschrieben, „eine für Atasporn nachteilige Entscheidung“ habe zu Gewalt von „Südländern“ geführt: „Der multi-kulturelle Hintergrund der Konflikte lässt sich auch mit viel gutem Willen nicht

übersehen.“¹³² Manfred Rouhs meinte in seiner Rede hintergründig, er wollte „natürlich keine ethnische oder kulturelle Fixierung irgendeines Übels“: „Aber zweifellos müssen unterschiedliche Mentalitäten berücksichtigt werden.“¹³³ Manfred Wolf (FDP) argumentierte dagegen, der Antrag verhülle „unter dem Deckmantel der Besorgtheit kaum noch den Ausländerhass und den Rassismus, zeigt aber auch die fehlende Informiertheit von PK. Ich möchte hier einmal ganz platt sagen: Dieser Antrag widert mich an.“¹³⁴ Manfred Rouhs wies den Vorwurf zurück und stellte seine Organisation in eine Opferrolle: Pro Köln sei demnach eine „kleine, verfernte Oppositionsfraktion“, und es gebe „immer das alte Spiel. Wir äußern uns an keiner Stelle ausländerfeindlich“¹³⁵.

III.3 Korruption und politisches Fehlverhalten

Bei den verschiedenen europäischen rechtspopulistischen Gruppierungen sieht der Sozialwissenschaftler Alexander Häuser ein verbindendes Band, das schon lange hält: „In der Tat zeigt sich hier eine Tradition spezifisch rechter Agitation gegen den ‚schmarotzenden Abzockerstaat‘, der im skandinavischen Raum schon in den sechziger Jahren zu Wahlerfolgen von extrem rechten Parteien geführt hat.“¹³⁶ Auf dieser inhaltlichen Linie argumentiert auch Pro Köln – die Anträge zu Korruption und politischem Fehlverhalten stellen die etablierten Parteien und Politiker immer wieder unter einen Generalverdacht, der gefährlich ist für die Demokratie: „Demokratische Werte und Normen bleiben in einer Kommune nur

dann verhaltenssteuernd, wenn die allgemeine Geltung dieser Werte und Normen im Alltag bekräftigt wird. Es muss deutlich werden, dass das Festhalten an den demokratischen Prinzipien in der Kommune erwartbar ist und nicht auf irgendwelchen individuellen Eigenheiten beruht.¹³⁷ Systematisch wird bei Pro Köln der Eindruck erweckt, diese Selbstverständlichkeit gelte nicht mehr. Gerade in einer Stadt, in der es zahlreiche zum Teil bundesweit beachtete (Korruptions-) Skandale und einen eklatanten Mangel an Kontrollen gegeben hat, lassen sich solche populistischen Verallgemeinerungen leicht herbeiführen. So sagte Manfred Rouhs im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten beim Bau der U-Bahn, die auch zum Einsturz des Historischen Archivs – bei dem zwei Menschen getötet und tonnenweise wertvolle Archivalien verschüttet wurden – geführt haben sollen: „Ein solcher U-Bahn-Bau ist realisierbar, aber nicht unter den Verhältnissen, die in dieser Stadt herrschen.“¹³⁸

III.3.1 Thema Kölner Müllskandal

Das prominenteste Beispiel dafür ist der Kölner Müll- und Spendenskandal, bei dem die örtliche Verbrennungsanlage durch die Zahlung von Schmiergeldern zu groß errichtet worden sein soll. In mehreren Anträgen griff Pro Köln Diskussionen auf, die es im Rathaus ohnehin schon gab – allerdings, um sie bewusst in einen populistisch-angriffslustigen Kontext zu stellen. So wurde von „Ratsmitgliedern der Klüngel-Fraktionen“ gesprochen, von „verantwortlichen, korrupten Mandatsträgern“¹³⁹. Judith Wolter sprach

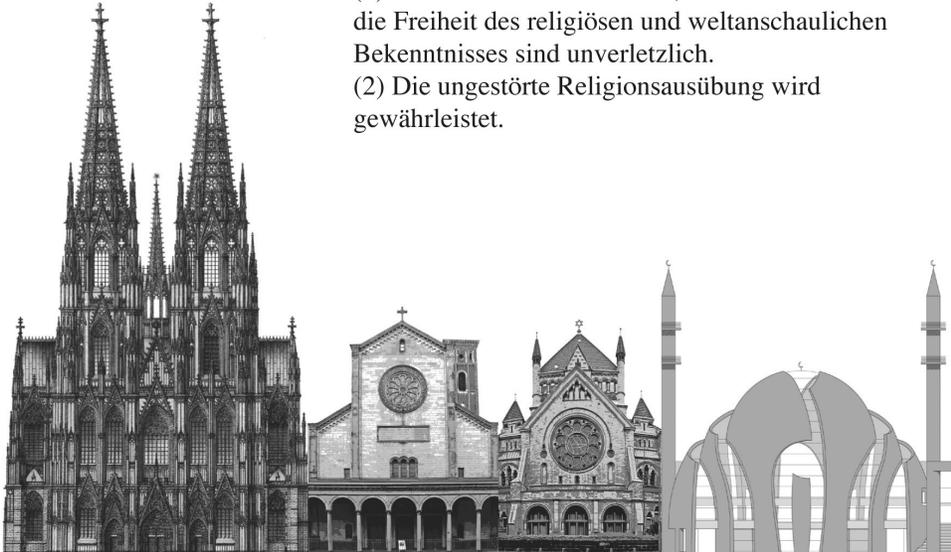
vor dem Rat von einer „Politikverdrossenheit der Bürger“ und dem schlechtem Ruf der Stadt: „Viele glauben, alle Politiker seien korrupt wie die politische Klasse in Köln.“¹⁴⁰ Manfred Rouhs bemühte erneut das Bild der „Vertreter der alten politischen Parteien“¹⁴¹. Diese Äußerungen waren gefallen bei einer Diskussion um mögliche Schadenersatzforderungen gegen Verantwortliche für den Müllskandal. Wenige Zeit später wurde das erneut von Pro Köln thematisiert. Diesmal forderte Manfred Rouhs, die Ratsmitglieder in Regress zu nehmen: „Dabei handelt es sich teilweise um Leute, die diesem Gremium bis heute angehören.“¹⁴² Er rechnete damit, so Rouhs, dass der Antrag „niedergestimmt“ werde: „Stecken Sie nur weiter den Kopf in den Sand; verhindern können wir das zwar nicht, aber ich bin optimistisch, dass Sie für Ihr Verhalten langfristig politisch abgestraft werden.“¹⁴³

Es dauerte dann eine Zeit, bis das Thema den Stadtrat erneut beschäftigen sollte – diesmal unter dem Vorwand, die Gebührenzahler müssten wegen des Skandals eine Erstattung der Müllgebühren erhalten. Es gehe darum, so Pro Köln, den „überteuerten Bürgern aktiv zu ihrem Recht zu verhelfen und selbst für den Ausgleich des durch das Versagen der politischen Klasse verursachten wirtschaftlichen Schadens zu sorgen“¹⁴⁴. Judith Wolter führte aus, der Ruf der Stadt sei „weitgehend ruiniert, was in nicht unerheblichem Maße zur Politikverdrossenheit der Bürger beiträgt“, und sie wiederholte: „Viele glauben, alle Politiker seien so korrupt wie die politische Klasse in Köln“¹⁴⁵. Auf Zwischenrufe, solche Ausführungen seien „unerträglich“, reagierte Manfred Rouhs süffisant: „Ich habe gerade das Wort ‚unerträglich‘ gehört. Ich bin die

Grundgesetz Art. 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.



Strafe für die politischen Fehler, die Sie gemacht haben.“¹⁴⁶

III.3.2 Thema Vorverurteilung

Wann immer ein politischer Skandal ruckbar wird – oder auch nur der Verdacht darauf – wird Pro Köln aktiv. „Gerade die Kölner Kommunalpolitik steht bundesweit in dem schlechten Ruf, korrupt zu sein“, wurde wiederholt in ähnlicher Weise häufig konstatiert¹⁴⁷. Immer wieder versucht die Gruppierung, daraus politisch-populistisches Kapital zu schlagen: Zum Beispiel, indem sie die Aufhebung von Ehrenbürgerschaften forderte. Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger (SPD), der wegen Steuerfragen in die Diskussion geraten war, wurde schnell Opfer eines solchen Vorstoßes, der vom Stadtrat entschieden zurück gewiesen wurde. „Die Gemeindeordnung kennt leider keine Regelung, nach der rechtswidrige oder unsachliche – man könnte auch unsittliche sagen – Anträge nicht auf die Tages-

ordnung genommen werden müssen“, sagte Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) dazu. Er rief die Ratsmitglieder dazu auf, „... dass wir uns von solchen ekelhaften Schmutzkampagnen distanzieren“¹⁴⁸. Manfred Rouhs konterte, die Kölner Kommunalpolitik sei vom Klüngel geprägt: „Das Verhalten steht vielmehr symbolisch für zentrale Fehlentwicklungen in der gesamten etablierten Parteipolitik.“¹⁴⁹

Auch die Ehrenbürgerschaft des Verlegers Alfred Neven DuMont stellte Pro Köln in Frage, worauf Oberbürgermeister Schramma erneut eindeutig Position bezog: „Angesichts der vielen Probleme, die diese Stadt hat, haben wir sicherlich weit Besseres zu tun, als uns hier mit einem solchen Unsinn beschäftigen zu müssen“, sagte er: „Die Antragsteller betreiben reinen Populismus. Sie verkaufen den Menschen draußen propagandistische und völlig unrealistische Hoffnungen – wohl wissend, dass sie sich um reale Lösungen keine Gedanken machen müssen und auch nicht machen

wollen. Sie versuchen, diejenigen, die in unserer Stadt Verantwortung übernehmen und sich mit den drängenden Problemen unserer Stadt auseinander setzen, durch infame Unterstellungen zu beschädigen.“¹⁵⁰ Schlagzeilen machte Pro Köln unterdessen mit der Forderung, den Entertainer Harald Schmidt zum Ehrenbürger Kölns zu machen. Begründet wurde das mit einem Zitat Schmidts, das in die Argumentation von Pro Köln gut zu passen schien: „Köln, das doch in weiten Teilen mittlerweile muslimisch geprägt ist, wäre nicht die tolerante und welt-offene Stadt, wenn es nicht der katholischen Minderheit hier erlauben würde, mal richtig auf den Putz zu hauen.“¹⁵¹ Ulrich Breite (FDP) warf der Organisation unterdessen vor, den Namen von Harald Schmidt zu missbrauchen, „damit Sie und Ihre Vereinigung sich mit dem Namen schmücken können“¹⁵².

Noch provokanter wurde es bei der Diskussion über einen Beratervertrag für den Rheinenergie-Vorstand Helmut Haumann. Bereits im Antrag war von „Kölner Vettern- und Günstlingswirtschaft“¹⁵³ die Rede. Manfred Rouhs spitzte seine Rede letztlich vehement zu: „Wer gegen Filz und Klüngel ist, stimmt unserem Antrag zu. All diejenigen, die für Filz und Klüngel sind, lehnen diesen Antrag von pro Köln ab.“¹⁵⁴ Die Organisation hatte offenbar zunehmend Schwierigkeiten damit, dass ihre Anträge konsequent von der demokratischen Mehrheit des Rates meist ohne große Diskussion abgelehnt wurden. Bei der vorgeschlagenen Abwahl des Aufsichtsrats-Vorsitzenden der Rheinenergie brachte Rouhs das erneut auf den Punkt: „Außer dass dieser Antrag von der bösen Fraktion pro Köln gestellt worden ist, kann aus Sicht der Mehrheit im

Rat eigentlich nicht viel gegen den Antrag sprechen.“¹⁵⁵

Der Rücktritt des Oberbürgermeisters wurde in der beobachteten Legislaturperiode von Pro Köln zwei Mal gefordert. Bereits in einem Antrag im Jahr 2006 hieß es: „Oberbürgermeister und Stadtkämmerer sind (...) zu einer unerträglichen Belastung geworden.“¹⁵⁶ Der Ruf der Stadt Köln sei „in Bezug auf Klüngel und Misswirtschaft inzwischen völlig ruiniert“, erläuterte Judith Wolter: „Aber leider mussten die Bürger wieder einmal feststellen, dass in Köln alles noch steigerungsfähig ist. Dies dürfte in nicht unerheblichem Maße zur Politikverdrossenheit der Bürger beigetragen haben.“¹⁵⁷

Die Diskussion um fragwürdige Aufsichtsratsreisen städtischer Gesellschaften in Köln nutzte Pro Köln sogar für eine Sondersitzung, in der wiederum der Rücktritt des OB gefordert wurde. Man habe einen „neuen Tiefpunkt der politischen Kultur in Köln erreicht“, sagte Wolter: „Vorne dabei wieder einmal unser Skandal-Oberbürgermeister Schramma, der mit seinen Freunden von CDU, SPD, FDP und Grünen fleißig die Steuer- und Gebührengelder der Kölner Bürger auf Aufsichtsratsreisen mit oftmals zweifelhaftem dienstlichem Sinn verpulverte.“ Schramma habe, so Wolter, „entweder keinerlei Moral oder ist völlig weltfremd“¹⁵⁸. Schuld an der entstandenen Situation seien der „lange so verharmloste Kölsche Klüngel, jahrzehntelange Vetternwirtschaft, politische Inzucht“¹⁵⁹.

Opfer einer schnellen Vorverurteilung wurde auch der CDU-Politiker Rolf Bietmann. Er war öffentlich kritisiert worden, weil er angeblich für einen Dienstleistungsvertrag mit der kommunalen Sparkasse keine ausreichenden Gegenleistungen er-

bracht haben soll – was er stets zurückwies. Die Vorwürfe waren zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Arbeit noch Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen. Pro Köln zog aber schon kurz nach Bekanntwerden einen klaren Schluss: „Die verbrauchten etablierten Parteien sind zu einer Selbstreinigung weder willens noch fähig.“¹⁶⁰

III.3.3 Thema Aufsichtsräte

Die Rolle der Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften in Köln ist in den vergangenen Jahren häufig zum Thema öffentlicher wie strafrechtlicher Auseinandersetzungen geworden¹⁶¹.

Zwei Mal versuchte Pro Köln, das im Zusammenhang mit der Firma Rheinenergie für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. Von „Luxusfesten“ war die Rede, während man „...gleichzeitig den sozial Schwachen rücksichtslos den Gasahn abdreht und den Strom sperrt!“ – das sei eine „unsittliche Verhaltensweise“¹⁶². An dieser Stelle musste Stadtkämmerer Peter-Michael Soénius erneut darauf aufmerksam machen, dass der Stadtrat und selbst die von ihm entsandten Politiker für die kritisierte Bemessung der Bezüge für Aufsichtsräte gar nicht zuständig sind: „Die Aufsichtsratsstantiemen werden nicht im Aufsichtsrat, sondern von der Hauptversammlung beschlossen. Das heißt, man kann diese nicht hier im Rat beschließen. Wir haben keinen Einfluss auf die Hauptversammlung, jedenfalls nicht per Beschluss des Rates.“¹⁶³

In einem weiteren Antrag wurde von Pro Köln erneut der Versuch gestartet, ein

„Wir-Gefühl“ der Bürger gegen die Politiker zu erzeugen: „Augenmaß und Bescheidenheit werden in dieser Stadt anscheinend nur immer bei den normalen, einfachen Bürgern eingefordert. Dagegen täte es wirklich Not, dass auch einmal die politische Klasse den Gürtel enger schnallen würde.“¹⁶⁴

III.3.4 Thema Allgemeine Politik(er)-Kritik

Auf dieser Linie lagen auch diverse andere Anträge, die den Umgang der Politiker mit öffentlichen Geldern und mit der Entscheidungskultur im Kölner Rathaus betrafen. So forderte Pro Köln in populistischer Art niedrigere Aufwandsentschädigungen für die umfangreiche Tätigkeit der Ratsmitglieder. „Wenn es ums Geld geht, sind sich die Vertreter der Altparteien einig: Davon kann man gar nicht genug haben!“, hieß es im entsprechenden Antrag: „Würden die Kölner Kommunalpolitiker nach Leistung bezahlt werden, dann dürften sie kein Geld bekommen, sondern müssten draufzahlen.“ Die Anhebung der Politiker-Bezüge – wie sie im Innenministerium in maßvollem Umfang angekündigt worden war, müsse „aus neuen Krediten finanziert und dementsprechend vom Steuerzahler verzinst werden. Und das in Zeiten von Hartz IV!“¹⁶⁵ Dabei fiel gerade die kleine Fraktion Pro Köln besonders auf, weil sie nach Ansicht einiger Experten in der Stadtverwaltung besonders viele Fraktionsgremien tagen ließ und dafür zahlreiche Sitzungsgelder abrechnete.

Ein Gerücht, die CDU-Fraktion habe Wahlwerbung aus dem Fraktionsetat be-

zahlt, rief die Dauer-Kritiker von Pro Köln ebenfalls auf den Plan: „Fälle dieser Art, wenn auch jeweils in den unterschiedlichsten Varianten, sind in der Kölner Kommunalpolitik, nicht nur bei der CDU, immer wieder aufgetreten.“ Und wieder wurden die Politiker der demokratischen Fraktionen für den Fall einer Ablehnung des entsprechenden Antrags von Manfred Rouhs pauschal verunglimpft: „Alle diejenigen werden unseren Antrag ablehnen, die Bestandteil dieses Kölschen Politfilzes sind und die ein solches Finanzgebahren für gut und richtig halten, weil sie davon ausgehen, dass sie in Zukunft vielleicht selbst einmal davon profitieren können, falls sich herausstellen sollte, dass man das doch darf und dass das alles gut und richtig ist.“¹⁶⁶

Die Affäre um den Verzicht auf die Ausschreibung für den Bau neuer Messehallen, der von der Europäischen Union gerügt wurde, wurde bei Pro Köln erneut zur Generalabrechnung mit der „etablierten Politik“¹⁶⁷. Judith Wolter meinte: „Mit unerträglicher Arroganz und Ignoranz wiederholen die Verantwortlichen ihre Schutzbehauptungen, ohne zu merken, dass ihnen die Bürger schon lange nicht mehr glauben.“¹⁶⁸ Ulrich Breite (FDP) ließ im Gegensatz zur üblichen Praxis im Kölner Stadtrat diese pauschale Anschuldigung in der Sitzung nicht stehen: „Sie versuchen, den Kölner Oberbürgermeister, die Verwaltung und auch den Rat in den Dreck zu ziehen. Meine Damen und Herren, das können wir uns nicht bieten lassen.“¹⁶⁹ Josef Müller (CDU) meinte zum Angriff auf seinen Parteifreund Oberbürgermeister Schramma, dass dieser Antrag abgelehnt werde, „spricht spiegelbildlich für die Qualität der politischen Arbeit von pro Köln. Nach unse-

rer Auffassung besteht für den Oberbürgermeister nicht der geringste Anlass, seine Amtsgeschäfte ruhen zu lassen. Mit ihren Anträgen beschädigen Sie nicht nur das Amt und die Person des Oberbürgermeisters, sondern auch das Ansehen dieses Rates und das dieser Stadt.“¹⁷⁰ Jörg Frank (Grüne) griff den Stil von Pro Köln ebenfalls massiv an: „Wenn hier Anträge vorliegen, die Vorverurteilungen vornehmen, dann werden diese nicht unsere Unterstützung finden. So einen Unsinn machen wir nicht mit.“¹⁷¹

III.4 „Der kleine Bürger“ und soziale Fragen

In diesem Abschnitt zeigt sich abermals deutlich, dass es Pro Köln nicht allein um die Agitation gegen Moscheen und Migranten geht – in den hier dargestellten Anträgen wird der Versuch klar, das angesprochene „Wir-Gefühl“ der Bürger gegen die „Obrigkeit“ herauszufordern und zu fördern. Flankiert wurden diese Initiativen im Stadtrat stets durch Aktionen im öffentlichen Raum sowie Publikationen im Internet und auf Flugblättern. So wurde bereits im Jahr 2001 ein „Fackelmarsch“ gegen die Einrichtung eines Straßenstrichs veranstaltet. In der Behandlung vieler sozialer Themen ist eine Parallele zur Praxis der NPD zu beobachten, die beispielsweise im Herbst 2004 einen erfolgreichen „Anti-Hartz-Wahlkampf“ gemacht hatte.¹⁷² Insgesamt lässt sich für rechtspopulistische Gruppierungen, wie sie auch Pro Köln darstellt, eine Gemeinsamkeit feststellen: „Viele dieser Bewegungen (...) sind aus Steuerrebellionen hervorgegangen“, es gibt „ausgepräg-

te Tendenzen zur Besitzstandswahrung".¹⁷³

Mit populistischen Mitteln trat beispielsweise Ratsfrau Regina Wilden auf, als es um die geforderte Schließung einer Drogenberatungsstelle ging. Die „Rednerin hält eine transparente Kunststoffflasche hoch“, heißt es im Wortprotokoll der entscheidenden Ratssitzung: „In dieser Flasche sind ein paar Exemplare von gebrauchten Spritzen.“¹⁷⁴ Bei einer Erörterung der Situation einer Hauptschule im Stadtgebiet wurde von „sozialen Konflikten zwischen Hauptschülern und Gymnasiasuten“ berichtet: „Diese Konflikte beruhen zum einen auf der zum größten Teil gescheiterte Integration von Ausländern in unsere Gesellschaft...“¹⁷⁵ Immer wieder inszenierte sich Pro Köln mit markigen Worten als Fürsprecher von Bevölkerungsgruppen. So wurde eine Ehrenamtskarte gefordert, die ein „deutlicheres und nützlicheres Zeichen für die Wertschätzung des Ehrenamtes als hohle Politikerphrasen“¹⁷⁶ wäre. Für Senioren wurde eine Fahrpreisermäßigung bei den Kölner Verkehrsbetrieben von 20 Prozent gefordert – dass sich viele ältere Kölner die Nutzung der Busse und Bahnen kaum noch leisten könnten, so die Begründung, sei „breit angelegter Volksbezug“¹⁷⁷. Gastronomen („kleine Kneipenwirte“) müssten von der Kommune entlastet werden, hieß es an anderer Stelle von Manfred Rouhs: „Sie können sich (...) gegen Knüppel, die ihnen die Obrigkeit zwischen die Beine wirft, nicht wehren.“¹⁷⁸

Gegen „ausländische Investoren“¹⁷⁹ wurde im Zusammenhang mit einer von Pro Köln eingebrachten Resolution gegen eine Werks-Schließung von Ratsherr Bernd Schöppe agitiert: Arbeiter sollen Folgen der

Globalisierung zu spüren bekommen: „Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Ihre Parteifreunde für diese Globalisierung im Gegensatz zu uns mitverantwortlich sind, sollte Ihnen bei dieser Gelegenheit zu denken geben.“¹⁸⁰ Dass ausgerechnet das Thema Globalisierung von der Organisation aufgegriffen werde, kommentierte Jörg Detjen (Linkspartei) überraschend angriffslustig: „Auf der anderen Seite haben Sie Unmengen an Kreide gefressen. Sie essen morgens Kreide, Sie essen nachmittags Kreide, Sie essen abends Kreide. Wenn Sie abends vor dem Fernseher sitzen, dann essen Sie bunte Kreide, die Sie den Kindern in den Schulen wegnehmen. Was Sie machen ist: viel Kreide essen.“¹⁸¹ Regina Wilden konterte, Pro Köln sei eben nicht rechtsextrem: „Wenn Sie oder sonst jemand mir beweisen können, dass wir rechtsextrem sind, mache ich in einer Sitzung mal Saaldienst oder irgendetwas anderes.“¹⁸²

Mit der Vogelgrippe fand Pro Köln wiederum ein bundesweit diskutiertes Thema, das in der beschriebenen Eigenart behandelt wurde. Um die Kosten für die Bekämpfung der drohenden Krankheit aufzuwenden, wurden konkrete Vorschläge für den städtischen Haushalt gemacht, die ins spezielle Konzept von Pro Köln passten: Kürzungen beim Zuschuss für interkulturelle Kunstprojekte bis zu 41.800 Euro, bei der Einladung ehemaliger Zwangsarbeiter bis zu 102.300 Euro und bei der Betreuung von Asylbewerbern bis zu 306.000 Euro.¹⁸³ Die zu erwartende Ablehnung des provokativen Antrags kommentierte Manfred Rouhs wie folgt: „Springen Sie doch über Ihren Schatten und denken Sie darüber nach, ob Ihre Verweigerungshaltung auf Dauer mit dem Wählerauftrag, mit dem Sie



Bild: www.foto-journalisten.com

hier ausgestattet sind, zu vereinbaren ist!"¹⁸⁴ Die Ratsfrau Anita Cromme (Kölner Bürger-Bündnis) bezeichnete den Vorschlag von Pro Köln als „typischen Schaufensterantrag der PK-Fraktion“: „Wenn wir in der Begründung nachlesen, wo die Einsparungen stattfinden sollen, dann wissen wir, in welche Ecke dieser Antrag gehört.“¹⁸⁵

Wenige Sitzungen später provozierte Pro Köln erneut mit einem Sparvorschlag, diesmal zur Finanzierung eines Sofortprogramms gegen Schlaglöcher. Gestrichen werden sollte demnach bei folgenden Haushaltspositionen: Zuschuss für Interkulturelle Kunstprojekte (39.700 Euro), Einladung ehemaliger Zwangsarbeiter (102.300 Euro), Betreuung von Asylbewerbern (312.000 Euro), Zuschuss für Rom e.V. für Amaro Kher (116.500 Euro), Zuschuss für Junkiebund e.V. (82.400 Euro), Zuschuss für Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige (243.100 Euro)¹⁸⁶. „Ich könnte mir vorstellen, dass Ihnen vielleicht unser Finanzierungsvorschlag nicht schmeckt, obwohl der

handwerklich sauber gestrickt ist und genau die Positionen benennt, bei denen wir gerne Einschnitte vornehmen wollen“, bemerkte Rouhs in seiner Rede¹⁸⁷.

Weiterhin forderte Pro Köln, die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender einfach aufzulösen. Wie schon beim Integrationsrat wurde diesem Klientel ein institutionalisierter Vertretungsanspruch abgesprochen. „Das Gremium zeichnet sich durch rücksichtslosen und egoistischen Lobbyismus für ihre Mitglieder aus“¹⁸⁸, heißt es in dem entsprechenden Antrag, in dem auch von einer „selbst betroffenen Sozialdezernentin“ die Rede ist. Michael Kellner (Linke) protestierte gegen den Antrag und die Rede dazu, insbesondere dagegen „einzelne Personen in diesem Saal mit Namensnennung zu diffamieren.“¹⁸⁹ Regina Wilden hatte zuvor provokante Thesen über die Arbeitsgemeinschaft vorgetragen: „Bei so viel Förderung aller nur denkbaren homosexuellen Gruppen kommt es nicht von ungefähr, dass die Stadt Köln einen

Spitzenplatz in der Aidsstatistik in Deutschland einnimmt. ‚Vun nix kütt nix‘ – das kann man auch hier sagen. Sie füttern sich diese Problematik regelrecht heran.“¹⁹⁰

Eine weitere große Zielgruppe, bei der Pro Köln versuchte zu punkten, waren die Autofahrer. So wurde die Abschaffung einer von der Polizei vorgegebenen „Knöllchenquote“ mit der Begründung angeprangert, Autofahrer würden als „eine Art Melkkuh benutzt“¹⁹¹. Einrichtungen zur Geschwindigkeitskontrolle wurden als „Totalüberwachung“ gebrandmarkt: „Sie machen einen Gewinn mit einer Klientel, von der Sie wissen: Da ist das Geld relativ leicht einzutreiben.“¹⁹² Auf die breite Masse der Bürger hatte es Pro Köln wiederum bei einer Forderung nach niedrigeren Gaspreisen abgesehen. Eine „bedrohliche Situation“ wurde da beschrieben, vor steigenden Energiepreisen wurde Angst geschürt, weil es beispielsweise unklar sei, „... ob sich für sie angesichts der horrenden Spritpreise das Arbeiten überhaupt noch lohnt. Die Altparteien sind aufgrund ihrer Ignoranz hauptverantwortlich für die jetzige Entwicklung, die zahllose Deutsche an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und oftmals auch darüber hinaus treibt.“¹⁹³

III.5 Bedienung rechter Klientel-Themen

Vereinzelte hat Pro Köln neben der Mosechen- und Migrantenfeindlichkeit auch andere typische Themen des politischen Rechtsaußen-Spektrums gezielt eingebracht. Dazu zählt eine Resolution zum 8. Mai, die von Judith Wolter wie folgt begründet wurde: „Wir dürfen nicht zulassen,

dass aus Gründen der political correctness die deutschen Opfer beim Gedenken ausgeklammert werden.“¹⁹⁴ Zur Begründung bezog sich Wolter auf einen gleich lautenden Antrag, den CDU und FDP im Berliner Bezirksparlament Steglitz-Zehlendorf eingebracht hätten. Zu einem Zwischenfall kam es bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes, als Regina Wilden den Auszug von Demonstranten von der Zuschauertribüne des Rates in einem Zwischenruf kommentierte: „Die neue SA zieht ab.“ Oberbürgermeister Schramma meinte dazu: „Frau Wilden, dieser Zuruf ist ebenfalls deplaziert.“¹⁹⁵

Erinnerungskultur des rechten Spektrums versuchte Pro Köln auch zu bedienen, als die Gruppierung die Forderung aufstellte, eine spezielle Ausstellung vorzubereiten: „Zur Erinnerung an die Flucht und Vertreibung von rund 13 Millionen Deutschen aus Ost- und Südosteuropa nach dem zweiten Weltkrieg im ersten Halbjahr 2006 eine angemessene Ausstellung vorzubereiten und durchzuführen.“ Die Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sei „eines der größten menschlichen Tragödien und Verbrechen auf europäischem Boden“¹⁹⁶. Kulturdezernent Georg Quander bestätigte in der Ratsdebatte, dass der Antrag auf „ein wichtiges und durchaus berechtigtes Anliegen“ ziele¹⁹⁷. Judith Wolter meinte daraufhin, „das millionenfache Leid nach dem 8. Mai 1945 wird regelrecht tabuisiert. Kein Wunder, gilt doch der 8. Mai 1945 inzwischen offiziell uneingeschränkt als Tag der Befreiung.“ Die deutschen Opfer müssten weniger beachtete Opfer zweiter Klasse bleiben, damit sich der ewig währende bundesdeutsche Canossa-Gang fortsetzen könne“.¹⁹⁸

Bereits in der 15. Sitzung des Rates hatte Pro Köln eine Ausstellung über den „1000-Bomberangriff“ angeregt. Es gehe darum, so Wolter, „an alle Opfer (zu) erinnern, also auch an die deutschen“ – das sei von „pro Köln eine alternative Position“. Die deutschen Verbrechen leugne man nicht“, es sei aber nicht in Ordnung, „... wenn geschichtliches Gedenken an die Mauern bestimmter ideologischer Tabus stößt“: „Übrigens liegen wir damit voll im Trend mit der Gesamtbevölkerung, die ein viel gerechteres objektiveres Geschichtsempfinden hat, als die offiziell vorgeschriebene Erinnerungskultur es gebietet.“¹⁹⁹

Zu heftigen Diskussionen ist es im Kölner Stadtrat auch über den Auftritt von Vertretern der PDS einerseits und von Pro Köln andererseits bei einem öffentlichen Bundeswehr-Gelöbnis gekommen. Die Linken wurde von Pro Köln wegen Stör-Aktionen angegriffen, Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) dagegen kritisierte auch die Rechtsradikalen: „Die Bundeswehr hat sich nachträglich über die Störaktionen beschwert und namentlich zwei Vertretern von pro Köln die Erlaubnis zum Tragen einer Uniform für die Dauer des Mandats entzogen.“²⁰⁰ Da ist es wenig verwunderlich, dass Regina Wilden im Zusammenhang mit einer China-Reise des OB später ihrerseits zu drastischen Worten griff: „Nicht nur bei uns gibt es Totalitarismus, sondern auch in anderen Teilen der Erde.“²⁰¹

An der Diskussion um den Standort für ein Jüdisches Museum in Köln entzündete sich im Stadtrat erneut eine grundsätzliche Debatte über den Umgang mit Pro Köln. Wie manche andere Gruppierungen, lehnte Pro Köln den Bau auf dem Rathausvorplatz

ab: „Damit Sie den Antrag nicht mutwillig fehlinterpretieren, möchte ich für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich klarstellen, dass wir selbstverständlich den Bau eines Jüdischen Museums in Köln an anderer Stelle begrüßen“: „Wir wissen, dass die politische Klasse dieser Stadt nach wie vor eingebettet ins geistige Zwangsregime der Political Correctness ist. Wer sie auch nur fahrlässig verletzt, wird rücksichtslos ausgestoßen.“²⁰² CDU-Fraktionsvorsitzender Winrich Granitzka sprach dazu für die Fraktionen der Grünen, FDP, CDU und SPD. Er führte aus, was die „harten Neonazis dieser Stadt“ denken: „Das schreiben sie auf ihre Internetseiten. Dort liest man: Pro Köln hat zwar eine andere Taktik, unsere rechtsradikalen Inhalte zu transportieren, aber sie machen es.“²⁰³ Manfred Rouhs konterte, diese Aussage habe eine „... bemerkenswerte Nähe zum Verfassungsschutz, der in seinen Veröffentlichungen auch immer wieder erzählt, wie diese oder jene pro-Köln-Äußerung zu verstehen ist“. In der rechten Szene würden „ja unter Missbrauch von Steuergeldern genügend bezahlte Provokateure unterhalten.“ Dass Granitzka für die anderen politischen Kräfte („Altparteienfraktionen“) gemeinsam gesprochen habe, mache „die Einheit deutlich, die dieser eine große Block darstellt, eine Einheit, die eigentlich nur vor Wahlen pro forma aufgegeben wird“²⁰⁴.

III.6 Der Umgang mit Pro Köln

Die etablierten Parteien hatten offenbar von Anfang an Schwierigkeiten, mit den Provokationen von Pro Köln umzugehen.

Als besonders diffizil erwies sich dabei, dass die Organisation nicht ausschließlich Anträge stellte, die in einen deutlich erkennbaren rechtsradikalen Kontext passten.

In populistischer Form griffen sie zum Beispiel zuvor abgelehnte oder aus anderen Gremien stammende Anträge anderer Parteien auf und stellten sie unter eigenem Namen erneut – um sich dann darüber zu beschweren, dass die ursprünglichen Ideengeber dem nur nicht zustimmen würden, weil es sich um eine Initiative von Pro Köln handle.

Damit war ein wesentlicher Teil der rechtspopulistischen Inszenierung erneut gelungen: Man konnte sich als Opfer und Märtyrer gegenüber einer unterdrückenden Mehrheit darstellen, was nach Ansicht von Holger Kulick und Toralf Staud ein typisches Verhalten ist: „Rechtspopulisten machen gern eine ‚korrupte Elite‘ für Probleme des ‚einfachen Volkes‘ verantwortlich. Mit ‚Volk‘ meinen sie dabei implizit oder explizit eine ethnisch reine Gemeinschaft.“²⁰⁵

Ausnahmslos alle Anträge, die von Pro Köln in der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 im Kölner Stadtrat gestellt wurden, sind von einer großen Mehrheit abgelehnt worden. In nahezu allen Fällen geschah das einstimmig ohne Enthaltungen. Zu Beginn der Ratsperiode gab es aber offenbar einzelne Irritationen über den inhaltlichen Umgang mit den Anträgen der rechtsradikalen Fraktion. Claus Ludwig (Linke) enthielt sich mehrfach, wenn zu dem „Trick“ gegriffen wurde, einfach den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt zu beschließen. Diese Möglichkeit gibt es nach der Gemeindeordnung, wenn eine Mehrheit des politischen Gremiums einen Antrag nicht für relevant hält. Wenn als Geschäftsordnungs-

Antrag der Übergang zum nächsten Punkt gestellt wird, muss darüber umgehend abgestimmt werden. Damit werden weitere Redebeiträge, auch des Antragstellers, zum Thema vermieden. Ludwig hatte aber, wie viele andere Ratsmitglieder hinter den Kulissen auch, Probleme mit der prinzipiell wenig demokratischen Grundhaltung dieser Verfahrensweise.

Dass manche Themen, die Pro Köln aufgriff, bereits entschieden waren oder später entschieden wurden, nutzt die Organisation wiederum für eigene Werbung. An mehreren Stellen wurde in diesem Zusammenhang von einem „Pro Köln Effekt“²⁰⁶ gesprochen, der letztlich doch zur Durchsetzung politischer Ziele geführt habe. Bei Themen, die schon längst behandelt wurden, setzten einzelne Politiker mit gezielten Redebeiträgen deutliche Zeichen. „Wenn Anträge gestellt werden, die aus der Mottenkiste stammen, mit denen sich der Rat bereits mehrmals beschäftigt hat, werden wir auch inhaltlich dazu nichts sagen; denn das lohnt sich nicht“, erklärte beispielsweise Barbara Moritz (Grüne): „Wir brauchen uns hier nicht vorführen zu lassen.“²⁰⁷

Debatten wurden, wenn sie überhaupt zu Anträgen von Pro Köln geführt wurden, meist ziemlich knapp gehalten. Nur bei Streitthemen wie dem Bau der Ehrenfelder Moschee wurde ausführlicher diskutiert. Oft sorgte auch ein Statement der Stadtverwaltung dafür, dass sich eine Diskussion erübrigte – zum Beispiel, wenn der Stadtrat für die Umsetzung einer Forderung gar nicht zuständig ist. Insgesamt verteilte sich das Diskussionsverhalten zu Anträgen von Pro Köln in der Legislaturperiode von 2004 bis 2009 wie folgt:

Anträge von Pro Köln ohne Debatte abgelehnt	83
Debatten zu Anträgen von Pro Köln	35
Debatte durch Statement der Verwaltung vermieden	19
Antrag nicht weiter behandelt	2

Nur in einem einzigen Fall einigten sich die etablierten Fraktionen auf das, was zum Beispiel vom NRW-Verfassungsschutz als adäquater Umgang mit rechtsradikalen Organisationen in Parlamenten empfohlen wird: CDU-Fraktionschef Winrich Granitzka sprach im Namen aller Fraktionen gegen einen Antrag von Pro Köln und zeigte die strukturellen rechtsradikalen Tendenzen auf. Ein solches Rede-Bündnis konnte aber während der beobachteten Legislaturperiode nicht dauerhaft geschmiedet werden.

Die Einführung des neutralen Kürzels „pK“ als Bezeichnung für Pro Köln konnte sich im Stadtrat als demonstratives Zeichen der politischen Distanz nicht durchsetzen. Vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Ralph Sterck war es bereits im Jahr 2004 in die Diskussion eingeführt worden.²⁰⁸ Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) griff die Bezeichnung mehrfach auf, als er die Ergebnisse von Abstimmungen zusammenfasste. Bei insgesamt neun Abstimmungen verwendete er den Begriff „pK“. Einmal bezeichnete er sie sogar – versehentlich oder nicht – als „PKK“²⁰⁹. Schramma experimentierte auch mit anderen Möglichkeiten des Verschweigens: Einmal erwähnte er die Fraktion bei der Feststellung des Stimmresultates gar nicht, einmal nur als „Antrag stellende Fraktion“ und einmal stellte er nur das zahlenmäßige Stimmenverhältnis fest. Manfred Rouhs wehrte sich gegen all

diese Varianten. „Das ist kein Antrag von „PK“, sondern ein Antrag von Pro Köln“, gab er in der siebten Sitzung zu Protokoll:²¹⁰ „Nun weiß ich, dass Sie alle ein großes Problem damit haben, Anträgen der Bürgerbewegung pro Köln zuzustimmen; denn wir sind ja böse und alles, was von uns kommt, muss schlecht sein.“

Die Grünen-Fraktionschefin Barbara Moritz stellte unterdessen klar, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit Pro Köln geben werde. Es sei „eine Schande, was sich die Leute hier im Rat antun müssen“. Sie stimmte mit ihrer Fraktion auch gegen den eigentlich politisch neutralen Vorschlag, eine Stunde kostenlosen Parkens an Parkscheinautomaten einzuführen und begründete das grundsätzliche Abstimmungsverhalten wie folgt: „Wir werden heute und in Zukunft alle Anträge von PK ablehnen. Auch wenn nur festgestellt wird, dass es heute nicht regnet, oder man begrüßt, dass uns der Papst im Sommer besuchen kommt, werden wir den entsprechenden Antrag ablehnen, solange er von PK gestellt wird.“²¹¹

Die Ablehnung der rechtsradikalen Grundhaltung von Pro Köln war im Kölner Stadtrat in der beobachteten Legislaturperiode meist von demonstrativem Ignorieren bestimmt. So wurden auch die früher üblichen Vorbesprechungen der Fraktionsvorsitzenden aufgegeben. Damit lieferte man der Gruppierung eine inhaltliche Vorlage zur populistischen Ausschlichtung. Es gehe darum, jene auszuschließen, hieß es, „...deren Vertreter außerhalb der Klüngelstrukturen stehen“²¹² Im gleichen Antrag wurden die etablierten Parteien auch abwertend als „Altparteien“ bezeichnet. Dass Vertreter von Pro Köln auch in vielen Aus-

schüssen des Stadtrates nicht präsent sind, griff Rouhs ebenfalls in provozierenden Äußerungen auf. Er sprach von einer im Rat geäußerten „...Auffassung, dass die Fraktion pro Köln in den Ausschüssen mit Stimmrecht nicht unbedingt präsent sein müsse und dass man die Angelegenheiten, die uns wichtig sind, ruhig im Rat behandeln könne. Wir haben Ihnen schon damals vorausgesagt, was das zur Folge haben könnte; dazu ist es nun auch gekommen.“²¹³ Wie bereits beschrieben, gehört es zur Inszenierung von Pro Köln, ständig darauf aufmerksam zu machen, dass Anträge regelmäßig abgelehnt und Diskussionen verweigert werden. Als es um ein Zentrum gegen Vertreibung ging, stichelte Bernd Schöppe, dass „jetzt leider viele vor die Tür gegangen sind“²¹⁴.

Zu einer sehr grundsätzlichen Debatte kam es unterdessen, als Pro Köln einen Antrag zur „Distanzierung“ von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung einbrachte. „Wenn es irgendjemanden in dieser Stadt gibt, der klipp und klar gegen das Establishment steht, dann ist es die Bürgerbewegung pro Köln“, führte Manfred Rouhs aus: „Bei meinen Fraktionsfreunden bin ich mir sicher, dass sie auf der richtigen Seite stehen, nämlich auf der Seite des Volkes und nicht auf der Seite einer Obrigkeit, die die Interessen des Volkes missachtet.“²¹⁵ Claus Ludwig (Linke) sah es dagegen als „einzigen Zweck“ der Anträge von pro Köln an, „zu verbergen, dass pro Köln nur einen wirklichen Programmpunkt hat: Feindschaft gegenüber Menschen anderer Herkunft, anderer Hautfarbe, anderer Nationalität zu schüren, Deutsche und Nichtdeutsche zu spalten und Hass in unsere Veedel zu tragen.“²¹⁶ In entwaffnender

Offenheit reagierte Rouhs darauf, indem er das Konzept seiner „Bürgerbewegung“ in dialektischer Art und Weise umriss: „Dass ein Elitenwechsel eine neue Obrigkeit gebiert, ist eine andere Frage. Aber das wäre ein Elitenwechsel, das ist etwas anderes als Anbiederung. Sie haben Recht, dass wir dann auch im Zweifelsfall die Machtfrage stellen würden. Im übrigen: Wenn Sie im Ernst der Auffassung sind, wir würden uns gegen Menschen fremder Nationalität wenden, dann haben Sie das, was wir zur multikulturellen Thematik öffentlich geäußert haben und zu denen ich entsprechende Publikationen, die etwas tiefer in die Sache einsteigen, verfasst habe, entweder nicht gelesen oder Sie haben es nicht verstanden.“²¹⁷

Bereits bei den mangelnden Diskussionen um den Bau einer ersten repräsentativen Moschee in Köln hatten Experten ein „indifferentes Verhalten der kommunalpolitischen Akteure, der Medien und der lokalen Prominenz“²¹⁸ festgestellt. In durchgängiger Weise wurden Kritikpunkte von Pro Köln aufgegriffen und instrumentalisiert. Damit liegen sie im Trend moderner Rechtsaußen-Parteien: „Die antagonistische Gegenüberstellung einer (aus Volk und Rechtspopulisten bestehenden) ‚Wir-Gruppe‘ und ‚den Anderen‘ (bestehend aus den Eliten und ihren ‚Günstlingen‘) kann umso überzeugender vermittelt werden, je stärker die etablierten Parteien und Medien dazu neigen, rechtspopulistische Herausforderer als wenig ernst zu nehmende Außenseiter zu behandeln.“²¹⁹ Der Umgang mit solchen Gruppierungen ist vor allem dann schwierig, wie gezeigt wurde, wenn keine offen rechtsextremen Positionen besetzt werden. „Jede Art der Zusammenarbeit, jede Zustimmung zu ver-



Bild: www.foto-journalisten.com

meintlich sachlichen Anträgen, auch jeder freundschaftliche Umgang in der Öffentlichkeit senkt die Hemmschwelle, Vertreter/innen der extremen Rechten zu wählen“, schrieb unterdessen Petra Schickert über den Umgang mit der NPD: „Um ein weiteres Erstarken der extremen Rechten zu verhindern, ist jegliche Zusammenarbeit zu verweigern. NPD-Anträge erhalten von demokratischen Kommunalpolitiker/innen keine Zustimmung. Sie werden nicht totgeschwiegen, sollten aber nach dem Vorbild des Sächsischen Landtags nur kurz behandelt werden.“²²⁰

In ähnlicher Weise lässt sich der beob-

achtete Umgang mit Pro Köln im Stadtrat beschreiben. Gleichwohl gab es immer wieder Situationen, in denen die Ratsmitglieder vom Vorgehen der populistischen Gruppierung überrascht waren und sie Schwierigkeiten hatten, den richtigen Politikstil für solche Anwürfe zu finden. Formale Reaktionen sind dabei immer eine Gratwanderung: „Eine Änderung rechtlicher Grundlagen kann niemals die inhaltliche Auseinandersetzung, die klare Positionierung gegen rassistische, antisemitische und menschenverachtende Meinungen und den Wert gelebter Demokratie in einem Gemeinwesen ersetzen.“²²¹

IV. Fazit

Kommunalpolitik als Selbstverwaltung ist prinzipiell von einer umfassenden Konsenskultur geprägt. Ratspolitiker nutzen ihre Redebeiträge im Plenum zu einer überwiegend konstruktiven Auseinandersetzung über objektive Problemlagen und suchen im Idealfall gemeinsam nach Lösungen. Dieses konstruktive Grundverständnis wurde durch den zuweilen destruktiven Politik-Ansatz von Pro Köln empfindlich gestört. Das Beispiel Köln hat gezeigt, wie schwierig es ist, mit einer solchen Herausforderung umzugehen – ein Lernprozess, der in anderen Gremien, in denen die Pro-Bewegung einzieht, erst noch gemacht werden muss.

Objektive Probleme der politischen Kultur werden von den Rechtsradikalen bewusst ausgenutzt. „Fundamentaloppositionelle Äußerungen können die symbolische Ordnung der politischen Kultur nur verändern, wenn die Gegenkräfte schwach und uneinig sind oder wenn im etablierten Parteiensystem selbst zu wenig Raum für abweichende Meinungen und Konfliktverarbeitungen besteht“²²², schreibt Wolfgang Gessenharter zu Recht. Es geht Gruppierungen wie Pro Köln offenbar eben nicht in erster Linie um die Sachpolitik, wie sie immer wieder betonen, sondern um die Vermittlung eines geschlossenen Weltbildes der Neuen Rechten. Diese wiederum stellen „ein ideologisches, personales und organisatorisches Scharnier zwischen dem demokratischen Konservativismus und manifestem Rechtsextremismus dar.“²²³

Das Konzept rechtspopulistischer Arbeit in Parlamenten und Selbstverwaltungsorganen orientiert sich eben nicht nur ein-

dimensional an den Themen Islam und Migranten. Wie gezeigt, sind es auch Fragen der politischen Kultur und gesellschaftlicher Entwicklungen, die in den Beiträgen der entsprechenden Aktivisten aufgegriffen werden. Dabei berufen sie sich auf die angebliche Meinung der „einfachen Bürger“, die sie zu repräsentieren vorgeben: „Als höchste Wahrnehmungsinstanz erkennen Populisten nur den ‚gesunden Menschenverstand‘ (common sense) an, der auf Alltagserfahrung, Tradition und lebensweltlichem Konservativismus beruht.“²²⁴ Strategisch gehe es darum, „kommunalpolitische Mitbestimmungs- und Beschwerdemöglichkeiten für eigene Wahlkampfzwecke“²²⁵ zu instrumentalisieren.

Die dahinter stehende Zielsetzung suchen die Redner im Kölner Stadtrat oft bewusst zu verschleiern. Das kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die aufgegriffenen objektiven Problemlagen bewusst vor dem Hintergrund einer politischen Rechtsaußen-Haltung bearbeitet werden: „Ziel ist es, im Sinne eines Kulturkampfes die Definitionsmacht über spezifische alltagskulturelle Ausdrucksformen und Wertevorstellungen zu erlangen und langfristig Bewusstseinsprozesse zu forcieren, die in konkretes politisches Handeln transformiert werden sollen.“²²⁶

Wie aber kann oder soll man mit solchen Gruppierungen im politischen Alltagsgeschäft konkret umgehen? „Ignorieren hilft nicht“, empfiehlt Toralf Staud für den Umgang mit der NPD: „Sie sind fleißiger als ein Durchschnittsdemokrat, denn der ist – zum Glück – nicht so fanatisch.“²²⁷ Dieser

außergewöhnlich intensive Einsatz ist auch bei den Funktionären der Pro-Bewegung zu beobachten. Sie sind „Fans“ ihrer Denkrichtung, gerieren sich fanatisch in der politischen Werbung. Während bei anderen Parteien die Wahlkämpfe oft mühsame Pflicht sind und Hausbesuche bei Bürgern kaum noch stattfinden, wenden die Pro-Verantwortlichen viel Zeit dafür auf. Sie dabei als Opfer oder sogar Märtyrer zu inszenieren, ist durchaus Konzept. Aggressive Angriffe von Seiten der Demokraten, und seien sie nur verbal, heizen den Streit nur noch an. So wurden viele Werbestände von Pro Köln zur Kommunalwahl im Jahr 2009 deutlich sichtbar von Polizisten geschützt – weil es immer wieder Angriffe und Drohungen gegeben haben soll.

Sven Schönfelder hat drei mögliche Strategien für den Umgang mit Rechtsradikalen und ihren Mandatsträgern ausgemacht: „Erstens: Anträge werden prinzipiell und ohne vorherige Diskussion abgelehnt und in die jeweiligen Ausschüsse verwiesen, wo dann die Ablehnung erfolgt. Zweitens: Durch Verfahrensänderung bei der Ausschussbesetzung wird versucht, rechtsextreme Abgeordnete außen vor zu lassen. Drittens: Die Auseinandersetzung wird kurz und knapp gehalten, um den Rechtsextremen keine Bühne zu bieten, und auch nur dann geführt, wenn es unbedingt nötig ist bzw. wenn es sich nicht anders vermeiden lässt.“²²⁸

Weiterhin präzisiert er daraus empfehlenswerte Handlungsmöglichkeiten²²⁹:

- ▶ Auf Prinzipien der Menschenwürde, Toleranz und historischen Wahrheit bestehen.
- ▶ Sich Themen nicht vorgeben lassen, sondern die Agenda der Politik selbst bestimmen.
- ▶ Im klugen Abwägen die extreme Rechte

zugleich ignorieren sowie ihre Anträge, Beiträge und Rhetorik mit Blick auf die kommunale Öffentlichkeit dechiffrieren.

▶ Die Anträge der extremen Rechten konsequent ablehnen, damit ihnen kein politischer Gestaltungsspielraum eingeräumt wird.

▶ Im formellen wie informellen parlamentarischen Umgang die notwendige Distanz wahren und deutlich Grenzen markieren.

▶ Die kommunalen Einrichtungen, Initiativen und engagierten Personen vor Ort in ihrer Auseinandersetzung ermuntern und unterstützen sowie deren Aktivitäten, Akzeptanz und Anerkennung in der Kommune fördern (Stichwort: Bürgerbündnis).

Auf Resonanz trafen Rechtsradikale „vor allem dort, wo die offizielle Politik lokale Probleme oder Fragen der Bürgerinnen und Bürger nicht oder nicht angemessen aufgreift und bearbeitet“²³⁰, schreiben auch die Sozialwissenschaftler Adelheid Schmitz und Alexander Häusler. Im Kölner Stadtrat war das gut zu beobachten: Pro Köln stellte frühzeitig Anträge für die kommende Ratssitzung, so dass diese zu Beginn der Tagung beraten wurden – zu einem Zeitpunkt, zu dem noch viele Zuschauer anwesend sind. Wenn Ratssitzungen um 15.30 Uhr beginnen und zum Teil bis nach Mitternacht dauern, ist der Kampf um Aufmerksamkeit ein wichtiges Werkzeug, das von den etablierten Fraktionen bis dato zu wenig Beachtung fand.

Auch das inhaltliche Vakuum von Parteien, die sich konsequent um breite Wählerschichten bemühen, hinterlässt womöglich Raum für radikalere Positionen: „Auf unterschiedliche Weise werben alle etablierten Parteien für die EU, für eine Öffnung der Grenzen und die neoliberale Ide-

ologie vom Rückzug des Staates“, schreibt Toralf Staud: „Wenn man dagegen mit der Komplexität der heutigen Welt überhaupt nicht klar kommt, jeden Wandel als bedrohlich empfindet und sich radikal dagegen wenden will, drängen sich die NPD und ihr Programm geradezu auf.“²³¹ Es gibt aber auch solche, die sich nicht unbedingt radikal dagegen wenden wollen, sondern nach einem seriösen politischen Vertreter für diese Denkrichtung suchen. Die Pro-Bewegung hat sich deshalb bewusst eine Aura der Bürgerlichkeit gegeben, weil offen nationalsozialistische und fremden- (also menschen-) feindliche Agitation in der Bevölkerung nicht gut ankommen. Ob diese Strategie mittelfristig Erfolg haben kann, lässt sich schwierig voraussagen. Ulli Jentsch sieht in dem von ihm beobachteten „anti-islamischen Rassismus“ und der „populistischen Verschwörungstheorie“ eine problematische Entwicklung: „Es scheint möglich, dass in diesem Politiksegment (...) allemal genug Platz geschaffen ist, dass aus der ‚Bürgerbewegung‘ ein relevanter Faktor werden kann.“²³²

Noch fehlt es der Pro-Bewegung aber an adäquatem Personal, an Geld und an Aufmerksamkeit. Bisher haben sich in der Bundesrepublik neue Rechts-Formationen oft zerstritten, weshalb Frank Decker und Florain Hartleb von einer „Geschichte der Erfolglosigkeit“²³³ sprechen. Markus Beisicht und Manfred Rouhs hatten daran ihren Anteil – weil sie früher innerhalb der Republikaner auch nicht gerade unumstritten waren.

Frank Decker und Florian Hartleb attestieren rechten Parteien im populistischen Spektrum Deutschlands grundsätzlich eine „Unfähigkeit, sich als politische Kraft zu

etablieren“: „Bezeichnend für die Durchsetzungsschwäche des neuen Populismus ist seine organisatorische Zersplitterung. Während es in anderen Ländern gelungen ist, verschiedene Stränge des populistischen Protests zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, verlaufen diese Stränge in der Bundesrepublik in Gestalt mehrerer Parteien nebeneinander, die sich ihre Stimmen dadurch gegenseitig wegnehmen.“²³⁴ Die eingangs dieser Arbeit beschriebene Vernetzung mit Parteien wie Vlaams Belang (Belgien) und FPÖ (Österreich) kann aber dazu führen, dass auch in diesem Bereich ein Lerneffekt einsetzt, der Rechtspopulisten in Teilen der deutschen Bevölkerung salonfähig machen könnte. Mit Themen wie dem Protest gegen Moscheebauten lässt sich offenbar nicht nur in der Schweiz eine große Öffentlichkeit herstellen, sondern auch hierzulande.

Dann wiederum stellt sich die Frage, wie andere politische Parteien mit erstarkten Rechtspopulisten umgehen werden. Der Fernsehjournalist Michael Schomers, der sich 1989 eine Zeit lang in die Kölner „Republikaner“-Gruppe eingeschlichen hatte, beschreibt beispielsweise in seinem Buch „Deutschland ganz rechts“, wie er dort unter anderem die heutigen „Pro“-Funktionäre Markus Beisicht und Manfred Rouhs kennen gelernt hat. Er erläutert, dass es damals offene oder verdeckte Kontakte zu einzelnen Mitgliedern der CDU gegeben hatte²³⁵. Die Union hat sich aber immer klar von Republikanern und „Pro-Bewegung“ distanziert.

Aus der Kölner Moscheebau-Diskussion kann man lernen, solche Themen frühzeitig im demokratischen politischen Spektrum aufzuarbeiten. Es ist völlig egal, ob ein neu-

es Einkaufszentrum, eine katholische Kirche oder ein islamisches Gebetshaus errichtet werden soll – immer gibt es Bürgersorgen und –proteste: Über die Parkplatz- und Verkehrssituation, über möglichen Lärm, über städtebauliche Bedenken. Diese Fragen müssen angegangen werden, um sie nicht radikalen Gruppierungen zur Profilierung zu überlassen. Toralf Staud beobachtet das auch im Umgang mit der NPD: „Demokratische Politiker sollten planmäßig die Themen identifizieren, mit denen die NPD kampagnenfähig werden könnte, und diese – ohne deren Jargon zu übernehmen – selbst besetzen. Bisher hecheln sie der NPD immer nur hinterher.“²³⁶

Wenn Staud hier von planmäßig spricht, zeigt das, wie notwendig es ist, diesen „Filter“ grundsätzlich ins kommunale politische Agenda-Setting aufzunehmen.

Anmerkungen:

1 Siehe Urteil des VG Düsseldorf vom 4.12.2007, Aktenzeichen 22 K 1286/06 und Beschluss des OVG Münster vom 8.7.2009, Aktenzeichen 5 A 203/08

2 Beschluss des OVG Münster vom 8.7.2009, Aktenzeichen 5 A 203/08, Absatz 7

3 Pressemitteilung des Innenministeriums NRW vom 30.03.2009, http://www.im.nrw.de/pm/300309_1533.html

4 www.pro-nrw.org, Stand vom 07.02.2010

5 Naßmacher, Hiltrud und Karl-Heinz, Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999, S. 33

6 Wehling, Hans-Georg, Akteure in der Kommunalpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 242 Kommunalpolitik, Bonn 2006, S. 48

7 Schmitz, Adelheid/Häusler, Alexander, Aktiv für eine vielfältige, soziale und demokratische Stadt – kommunale Strategien gegen die extreme Rechte, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 249

8 Gessenharter, Wolfgang, Im Spannungsfeld, in: Gessenharter, W./Pfeiffer, W. (Hg.), Die Neue Rechte, Wiesbaden 2004, S. 33

9 vgl. Interview des Autors mit Manfred Rouhs für den WDR/ARD-Hörfunk am Rande des 1. Anti-Islamisierungskongresses

10 Zit. Nach: Pfeiffer, Thomas, Avantgarde und Brücke, in: Gessenharter, W./Pfeiffer, W. (Hg.), Die Neue Rechte, Wiesbaden 2004, S. 52

11 Klärner, A./Kohlstruck, M., Rechtsextremismus, in: dies. (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2006, S. 13

12 Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 11

13 Die Sitzungen des Kölner Stadtrates in der Legislaturperiode 2004 bis 2009 sind von Amts wegen durchnummeriert. Die Quellenangabe bezieht sich deshalb auf die laufende Nummer der Sitzung sowie auf die Seite des offiziellen Wortprotokolls der Stadt Köln.

14 Priester, Karin, Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 28

15 Häusler, Alexander, Antislimischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket, in: ders. (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 166

16 Aus methodischen Gründen wurden hier nur direkte Anträge von Pro Köln berücksichtigt – nicht z.B. Änderungsanträge zu Anträgen anderer Fraktion oder Verwaltungsvorlagen oder Anträge auf Durchführung von Aktuellen Stunden

17 Staud, Toralf, Moderne Nazis, Köln 2006, S. 116

18 Staud, Toralf, Moderne Nazis, Köln 2006, S. 117

19 Rucht, Dieter, Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Grumke, T./Wagner, B. (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 83

20 37. Sitzung des Rates, S. 63

21 Innenministerium des Landes NRW, Islamismus – Missbrauch einer Religion, Düsseldorf 2006, S. 5

22 Kallscheuer, Otto, Keine Religion wie jede andere, in: Internationale Politik, Ausgabe 9/2007, S. 9

23 Priester, Karin, Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 28

- 24 Zit. Nach: Pfeiffer, Thomas, Avantgarde und
Brücke, in: Gessenharter, W./Pfeiffer, W. (Hg.),
Die Neue Rechte, Wiesbaden 2004, S. 56
- 25 Antrag (2) von Pro Köln zur Ratssitzung am
16.12.2004
- 26 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 26
- 27 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 27 (alle Zitate)
- 28 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 28
- 29 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 29
- 30 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 30
- 31 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 30
- 32 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 31
- 33 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 32
- 34 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 33
- 35 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 33
- 36 Antrag (31) von Pro Köln zur Ratssitzung am
15.12.2005
- 37 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 53
- 38 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 54
- 39 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 54/55
- 40 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 58
- 41 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 56
- 42 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 59
- 43 Antrag (50) zur Ratssitzung am 18.05.2006
- 44 Ratsprotokoll 16. Sitzung, S. 31
- 45 Ratsprotokoll 28. Sitzung, S. 41
- 46 Ratsprotokoll 28. Sitzung, S. 42
- 47 Ratsprotokoll 28. Sitzung, S. 42
- 48 Ratsprotokoll 27. Sitzung, S. 20
- 49 Ratsprotokoll 27. Sitzung, S. 21
- 50 Ratsprotokoll 45. Sitzung, S. 18
- 51 Antrag (78) für die Sitzung 27.3.2007
- 52 Ratsprotokoll 25. Sitzung, S. 24
- 53 Antrag (25) für die Sitzung am 3.11.2005
- 54 Ratsprotokoll 30. Sitzung, S. 73
- 55 Antrag an den Stadtrat vom 28.09.2005
- 56 Ratsprotokoll 12. Sitzung, S. 12
- 57 Ratsprotokoll 12. Sitzung, S. 13
- 58 Ratsprotokoll 12. Sitzung, S. 13
- 59 Ratsprotokoll 12. Sitzung, S. 13
- 60 vgl. Süddeutsche Zeitung 20.02.2010
- 61 vgl. Bundesamt für Migration
(Stand 01.03.2010): [http://www.bamf.de/
cln_170/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/
DasBAMF/Downloads/Statistik/statistik-anlage-
teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl,templateId=
raw,property=publicationFile.pdf/statistik-an-
lage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf](http://www.bamf.de/cln_170/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Downloads/Statistik/statistik-anlage-
teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl,templateId=
raw,property=publicationFile.pdf/statistik-an-
lage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf)
- 62 Antrag zur Ratssitzung am 13.12.2007
- 63 Ratsprotokoll 36. Sitzung, S. 43
- 64 Ratsprotokoll 36. Sitzung, S. 43
- 65 Antrag vom 13.03.2007
- 66 Antrag vom 31.01.2006
- 67 Ratsprotokoll 15. Sitzung, S. 15
- 68 Ratsprotokoll 15. Sitzung, S. 15
- 69 Antrag vom 23.10.2006
- 70 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 28
- 71 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 48
- 72 Antrag vom 24.04.2006
- 73 Ratsprotokoll 16. Sitzung, S. 29
- 74 Antrag vom 28.12.2008
- 75 Ratsprotokoll 46. Sitzung, S. 54
- 76 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 47
- 77 Antrag vom 04.01.2006
- 78 Ratsprotokoll 14. Sitzung, S. 22
- 79 Ratsprotokoll 19. Sitzung, S. 52
- 80 Antrag vom 31.10.2006
- 81 Antrag vom 24.04.2007
- 82 Ratsprotokoll 27. Sitzung, S. 38
- 83 Antrag vom 18.12.2007
- 84 Ratsprotokoll 34. Sitzung, S. 17
- 85 Ratsprotokoll 34. Sitzung, S. 19
- 86 Ratsprotokoll 34. Sitzung, S. 18
- 87 Ratsprotokoll 34. Sitzung, S. 18
- 88 Ratsprotokoll 46. Sitzung, S. 45
- 89 Antrag zur Ratssitzung am 28.08.2008
- 90 Ratsprotokoll 43. Sitzung, S. 17
- 91 Ratsantrag vom 13.09.2006
- 92 Ratsprotokoll 19. Sitzung, S. 61
- 93 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 88
- 94 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 88
- 95 Ratsprotokoll 18. Sitzung, S. 18
- 96 Antrag vom 18.10.2007
- 97 Antrag vom 18.10.2007
- 98 Antrag zur Sitzung vom 04.03.2008
- 99 Antrag zur Sitzung vom 04.03.2008, Fehler im
Original
- 100 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 57
- 101 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 58
- 102 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 58
- 103 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 58/9
- 104 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 59

- 105 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 61
 106 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 61
 107 Antrag zur Ratssitzung am 04.03.2008
 108 Ratsprotokoll 37. Sitzung, Seite 57
 109 Ratsprotokoll 10. Sitzung, S. 1
 110 Antrag vom 11.07.2005
 111 Ratsprotokoll 10. Sitzung, S. 2; falscher Plural im Original
 112 Antrag vom 05.09.2005
 113 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 52
 114 Ratsprotokoll 23. Sitzung, S. 58
 115 Antrag vom 04.01.2006
 116 Ratsprotokoll 24. Sitzung, S. 14
 117 Antrag vom 04.01.2006
 118 Antrag vom 12.03.2007
 119 Ratsprotokoll 25. Sitzung, S. 52
 120 Ratsprotokoll 25. Sitzung, S. 53
 121 Antrag vom 28.08.2008
 122 Antrag vom 13.12.2007
 123 Ratsprotokoll 34. Sitzung, S. 36
 124 Antrag zum 29.01.2008
 125 Ratsprotokoll 36. Sitzung, S. 50
 126 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 52
 127 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 52
 128 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 53
 129 Antrag zum 29.05.2008
 130 Ratsprotokoll 40. Sitzung, S. 28
 131 Ratsprotokoll 40. Sitzung, S. 29
 132 Antrag zum 25.09.2008
 133 Ratsprotokoll 44. Sitzung, S. 42
 134 Ratsprotokoll 44. Sitzung, S. 43
 135 Ratsprotokoll 44. Sitzung, S. 44
 136 Häusler, Alexander, Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: ders. (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 22
 137 Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf, Rechtsextremismus in der Kommune, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.), Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2009, S. 19
 138 Ratsprotokoll 48. Sitzung, S. 39
 139 Antrag vom 04.02.2005
 140 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 11
 141 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 13
 142 Ratsprotokoll 9. Sitzung, S. 42
 143 Ratsprotokoll 9. Sitzung, S. 43
 144 Antrag zum 24.04.2008
 145 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 75
 146 Ratsprotokoll 38. Sitzung, S. 77
 147 Antrag vom 23.12.2004
 148 Ratsprotokoll 9. Sitzung, S. 45
 149 Ratsprotokoll 9. Sitzung, S. 46
 150 Ratsprotokoll 7. Sitzung, S. 61
 151 Antrag vom 16.11.2005
 152 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 52
 153 Antrag vom 03.01.2006
 154 Ratsprotokoll 14. Sitzung, S. 20
 155 Ratsprotokoll 15. Sitzung, S. 71
 156 Antrag vom 07.10.2006
 157 Ratsprotokoll 20. Sitzung, S. 34
 158 Ratsprotokoll 29. Sitzung, S. 1
 159 Ratsprotokoll 29. Sitzung, S. 2
 160 Ratsprotokoll 47. Sitzung, S. 14
 161 Vgl. Scheuch, Erwin K./Ute, Cliques, Klüngel und Karrieren, Reinbek bei Hamburg 1992; Überall, Frank, Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns, Bonn 2007
 162 Antrag vom 19.09.2006
 163 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 20
 164 Antrag vom 27.11.2006
 165 Antrag vom 08.11.2007
 166 Ratsprotokoll 25. Sitzung, S. 56
 167 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 25
 168 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 26
 169 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 27
 170 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 33
 171 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 35
 172 Staud, Toralf, Moderne Nazis, Köln 2006, S. 24
 173 Priester, Karin, Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 22
 174 Ratsprotokoll 8. Sitzung, S. 17
 175 Antrag vom 01.08.2005
 176 Antrag vom 19.06.2007
 177 Antrag vom 28.08.2008
 178 Ratsprotokoll 50. Sitzung, S. 42
 179 Antrag 08.03.2005
 180 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 21
 181 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 22

- 182 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 24
- 183 Antrag vom 26.08.2005
- 184 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 47
- 185 Ratsprotokoll 11. Sitzung, S. 47
- 186 Antrag vom 13.04.2006
- 187 Ratsprotokoll 16. Sitzung, S. 28
- 188 Antrag vom 16.01.2007, Fehler im Original
- 189 Ratsprotokoll 23. Sitzung, S. 56
- 190 Ratsprotokoll 23. Sitzung, S. 55
- 191 Ratsprotokoll 37. Sitzung, S. 64
- 192 Ratsprotokoll 44. Sitzung, S. 66
- 193 Antrag zum 28.08.2008
- 194 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 19
- 195 Ratsprotokoll 6. Sitzung, S. 18
- 196 Antrag vom 08.11.2005
- 197 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 65
- 198 Ratsprotokoll 13. Sitzung, S. 66
- 199 Ratsprotokoll 15. Sitzung, S. 18
- 200 Ratsprotokoll 12. Sitzung, S. 11
- 201 Ratsprotokoll 40. Sitzung, S. 60
- 202 Ratsprotokoll 14. Sitzung, S. 28
- 203 Ratsprotokoll 14. Sitzung, S. 29
- 204 Ratsprotokoll 14. Sitzung, S. 30
- 205 Kulick, Holger/Staud, Toralf, Das Buch gegen Nazis, Köln 2009, S. 21
- 206 Vgl. z.B. Ratsprotokolle 32. Sitzung, S. 29 und 43. Sitzung, S. 31
- 207 Ratsprotokoll 7. Sitzung, S. 32
- 208 Ratsprotokoll 4. Sitzung, S. 30
- 209 Ratsprotokoll 9. Sitzung, S. 47
- 210 Ratsprotokoll 7. Sitzung, S. 31
- 211 Ratsprotokoll 7. Sitzung, S. 32
- 212 Antrag vom 08.06.2005
- 213 Ratsprotokoll 14. Sitzung, S. 18
- 214 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 45
- 215 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 39
- 216 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 29
- 217 Ratsprotokoll 21. Sitzung, S. 30
- 218 Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 15
- 219 Geden, Oliver, Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien. SWR-Studie, Berlin 2007, S. 6
- 220 Schickert, Petra, Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.), Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2009, S. 235
- 221 Schickert, Petra, Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.), Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2009, S. 234
- 222 Klärner, A./Kohlstruck, M., Rechtsextremismus, in: dies. (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2006, S. 33
- 223 Gessenharter, Wolfgang, Im Spannungsfeld, in: Gessenharter, W./Pfeiffer, W. (Hg.), Die Neue Rechte, Wiesbaden 2004, S. 33
- 224 Priester, Karin, Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 22
- 225 Peter, Jürgen u.a., Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 85
- 226 Killguss, Hans-Peter/Schedler, Jan, Jugendarbeit der extremen Rechten und das Beispiel Pro Köln und Pro NRW, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 131
- 227 Staud, Toralf, Moderne Nazis, Köln 2006, S. 211
- 228 Schönfelder, Sven, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten, in: Häusler, A./Killguss, H.-P. (Hrsg.), Feindbild Islam, Köln 2008, S. 34
- 229 Schönfelder, Sven, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten, in: Häusler, A./Killguss, H.-P. (Hrsg.), Feindbild Islam, Köln 2008, S. 36
- 230 Schmitz, Adelheid/Häusler, Alexander, Aktiv für eine vielfältige, soziale und demokratische Stadt – kommunale Strategien gegen die extreme Rechte, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 242

Literaturverzeichnis

Busch, Christoph, Politikherstellung und Politikdarstellung in der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln, unveröffentlichtes Skript, Siegen 2010

Decker, Frank (Hrsg.), Populismus – Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006

Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus: Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002

Häusler, Alexander (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“ – Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008

Häusler, Alexander, Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“, Struktur und politische Methodik von Pro NRW und Pro Deutschland, Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen, Düsseldorf 2007

Häusler, Alexander/Killguss, Hans-Peter (Hrsg.), Feindbild Islam – Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen (Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008), Köln 2008

Informationen zur Politischen Bildung, Heft 242, Kommunalpolitik, Bonn 2006

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Islamismus – Missbrauch einer Religion, Düsseldorf 2006

Internationale Politik, Jg, 62, Nr.9/2007: Islam in Europa – Gewinn oder Gefahr

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2006

Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hrsg.), Das Buch gegen Nazis – Rechtsextremismus: Was man wissen muss, wie man sich wehren kann, Köln 2009

Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.), Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2009

Naßmacher, Hiltrud/Naßmacher, Karl-Heinz, Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999

Scheuch, Erwin K./Ute, Cliques, Klüngel und Karrieren, Reinbek bei Hamburg 1992

Schomers, Michael, Deutschland ganz rechts – Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR, Köln 1990

Staud, Toralf, Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2006

Überall, Frank, Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns, Bonn 2007



Bild: Andreas Baethje

Der Autor:

Dr. Frank Überall, geboren 1971, lebt in Köln. Als Journalist berichtet er seit vielen Jahren für regionale und bundesweite Medien unter anderem über Kölner Stadtpolitik – unter anderem für die Radio- und Fernsehwellen von WDR und ARD, für die Deutsche Presse Agentur sowie Tageszeitungen wie NRZ oder taz oder Wochenblätter wie Rheinischer Merkur oder Welt am Sonntag. Er promovierte über „Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns“ (Bouvier Verlag) und beschäftigt sich mit politischer Kulturforschung. In seinem Fachgebiet hat er einen Lehrauftrag an der Fachhochschule Düsseldorf. Gemeinsam mit Kollegen hat er das unabhängige Expertenportal www.politikinstitut.de gegründet.



Die interkulturelle Schule als Regelschule durchsetzen!

Vorschläge für eine interkulturelle Reform der Schule




Von der „Parallelgesellschaft“ zum „Index zur Messung von Integration“

Opportunistische Wissenschaft



Expertise der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FIS) der Universität zu Köln

Verfasser: Wolf-Dietrich Bukow
Melanie Behrens

Herausgeber:
**Landesarbeitsgemeinschaft
 der kommunalen Migranten-
 vertretungen Nordrhein-Westfalen
 (LAGA NRW)**
**Helmholtzstraße 28,
 40215 Düsseldorf**
Telefon 0211/99 416-0
Fax 0211/99 41615
E-Mail: info@laga-nrw.de
Internet: www.LAGA-NRW.de

**Der Integrationsbeauftragte
 der Landesregierung Nordrhein-
 Westfalen, Dienstsitz:**
**Horionplatz 1,
 40213 Düsseldorf**
Telefon 0211-86 18-33 36
Fax 0211-86 185-33 36
E-Mail: ib.info@mgffi.nrw.de
**Home: www.integrationsbeauf-
 tragter.nrw.de**